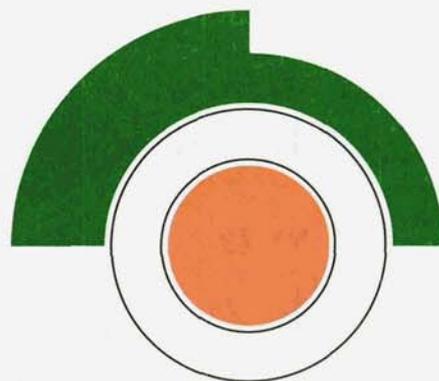


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 19



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 17. 11. 1992

## WORT UND WIDERWORT

### Sind Gartenschauen in der jetzigen Form noch zeitgemäß?

Bei der Auswahl einer Kommune als Standort für eine Gartenschau sollte künftig mehr darauf geachtet werden, daß diese Kommune ein wirklich überzeugendes Konzept zur Durchführung vorlege. Dabei sei vor allem auf Ehrlichkeit in der Planung zu achten, damit nicht im nachhinein die Beteiligten von enormen Kostensteigerungen überrascht würden. Auch über die Höhe der Zuschüsse durch das Land sei nachzudenken. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Johannes Gorlas**. Der CDU-Abgeordnete **Eckhard Uhlenberg** betont, die Organisatoren von Gartenschauen müßten künftig darauf achten, daß die laufenden Unterhaltungskosten der Freigelände für die Städte nicht zu Finanzierungsproblemen der kommunalen Haushalte würden. Eventuell seien größere Intervalle und eine gezielte Auswahl der sich bewerbenden Städte angebracht. Es seien auch alternative Modelle vorstellbar, die primär von Bürgern für Bürger gestaltet würden. Der F.D.P.-Abgeordnete **Friedel Meyer** betont, fehlende Finanzen im hochverschuldeten Haushalt von Nordrhein-Westfalen ließen in Zukunft eine öffentliche Finanzierung derartiger Veranstaltungen nicht mehr zu. Dennoch sollte man über Gartenschauen nicht den Stab brechen. In kleineren Dimensionen und größeren Zeitabständen seien Gartenschauen nach dem Modell der Messen in neuer Konzeption privat finanzierbar. Die Grünen-Abgeordnete **Gisela Nacken** vertritt die Ansicht, es müsse eine Form der Gartenschau gefunden werden, die eine Verbesserung der ökologischen Brennpunkte in den Städten mit reduziertem Mitteleinsatz möglich mache. Dazu sollte man Abschied nehmen vom Rummelplatzcharakter und dem Buhlen um Zuschauermillionen. Es müsse ein Konzept für eine Art dezentrale „sanfte Gartenschau“ entwickelt werden. (Seite 2)

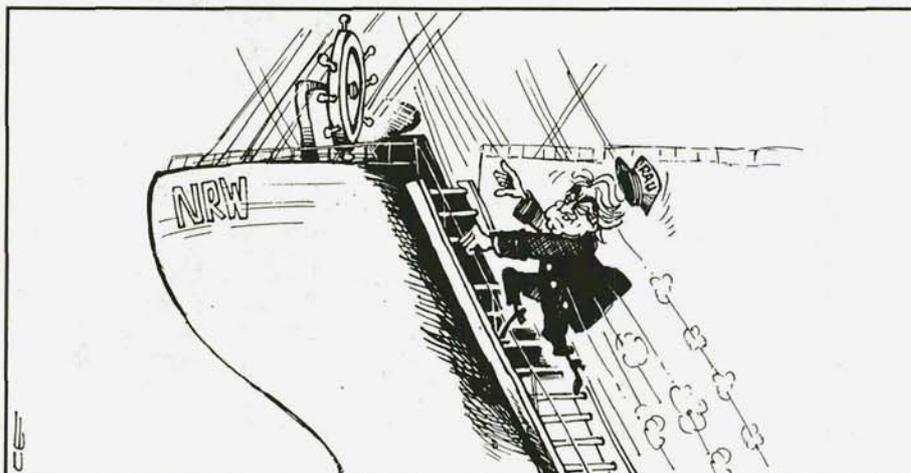
### Hinweise auf Finanzlücke bei Kindergärten

## Regierung setzt Elternbeiträge herauf

Um die sich abzeichnende Lücke zwischen dem angestrebten (19 Prozent) und tatsächlichen Deckungsgrad der Betriebskosten von Kindertagesstätteneinrichtungen durch Elternbeiträge möglichst geringzuhalten, plant die Landesregierung per Verordnung eine Anhebung der Elternbeiträge ab 1. Januar kommenden Jahres vorzunehmen.

In seiner Antwort auf die Mündliche Anfrage der grünen Politikerin Beate Scheffler teilte der amtierende Sozialminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) in der Fragestunde am 11. November mit, daß die zitierten Aussagen, durch Elternbeiträge könnten allenfalls zehn Prozent der Betriebskosten gedeckt werden, allesamt auf Schätzungen und Hochrechnungen beruhten. Es stimme aber, „daß sich aus dem kommunalen Bereich ernstzunehmende Hinweise mehrten, daß die angenommenen 19 Prozent nicht erreicht werden“. Die endgültige Höhe sei allerdings erst nach der Jahresrechnung 1992 festzustellen; der Stichtag für die Betriebskostenrechnung sei der 30. April 1993. Dennoch, so Krumsiek auf den Vorwurf der Fragestellerin, die Berechnungen der Landesregierung hätten sich in

diesem Punkt als „absolut fehlerhaft“ herausgestellt, seien die Beamten bei der Erarbeitung des Gesetzes „durchaus solide“ vorgegangen; daß der Deckungsgrad verfehlt werde, könne man ihnen nicht vorwerfen.



Lotse wieder an Bord

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

## Die Woche im Landtag

### Solidarität

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat in einer Regierungserklärung zu solidarischem Handeln über die Parteigrenzen hinweg aufgerufen. (Seite 3)

### Aufsichtsräte

Die Opposition hat in einer Aktuellen Stunde Bedenken dagegen geäußert, daß Minister Aufsichtsratsmandate in privaten Unternehmen wahrnehmen. (Seite 7)

### Citylogistik

Über die EDV-gestützte Steuerung des kombinierten Frachtverkehrs informierten sich Parlamentarier im Güterverkehrszentrum Bremen. (Seite 10)

### Hungerhilfe

Das Landesparlament soll nach Auffassung des Hauptausschusses finanziell zur Bekämpfung des Hungers auf dem Balkan beitragen. (Seite 11)

### Beratungsstopp

Wegen der in Bonn anstehenden Entscheidungen hat der Innenausschuß bis zum Jahresende die Beratung von verschiedenen Anträgen zur Asylproblematik ausgesetzt. (Seite 12)

### Golfsport

Die Planungsrichtlinien für den Bau neuer Golfplätze im Lande stehen weiterhin auf dem Prüfstand des Sportausschusses des Landtags. (Seite 15)

## WORT UND WIDERWORT

# Nutzen für die Bevölkerung steht klar im Vordergrund

Von  
Johannes Gorlas

Hohe Investitions- und Folgekosten sowie den Erwartungen nicht entsprechende Besucherzahlen führen in der Öffentlichkeit immer mehr zu Kritik an der Einrichtung von Gartenschauen und zur Frage nach deren Sinn und Zweck.

Die in früheren Zeiten vorherrschende Intention, gerade in hochindustrialisierten Zonen, wie dem Ruhrgebiet, den Bürgern mit der Schaffung einer abgegrenzten, zusammenhängenden Grünzone ein attraktives Naherholungsgebiet in einer ansonsten tristen Umgebung zu schaffen, ist überholt. Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren einen erheblichen Strukturwandel vollzogen, in den auch die Landesgartenschauen inhaltlich einzubeziehen sind.

Heutige Gartenschauen sollen daher vor allem darauf abzielen, in vom Strukturwandel besonders betroffenen Gemeinden mit Hilfe von umfassenden neuen Entwicklungskonzepten stadt- und siedlungsstrukturelle Defizi-

Von  
Eckhard Uhlenberg

Landes- und Bundesgartenschauen sind Initiativen zur Schaffung dauerhafter zusammenhängender Grünzonen in Städten und Gemeinden des Landes. Gleichzeitig stärken besonders die Landesgartenschauen das politische Verantwortungsbewußtsein der Städte und Gemeinden zur Verbesserung unserer Umwelt. Damit ergibt sich vor allem für die Ballungszentren, aber auch den ländlichen Raum, eine wesentliche Verbesserung der Lebensqualität. In diesem Sinne haben sich Landesgartenschauen in den verschiedenen Regionen des Landes seit 1984 bewährt.

Seit dem vergangenen Jahr ist aber eine Trendwende erkennbar. Durch rücklaufende Besucherzahlen sind die Bundesgartenschau in Dortmund und die Landesgartenschau in Mülheim für die Veranstalter zu einem finanziellen Wagnis geworden, was die Durchführung weiterer Gartenschauen in Frage stellt.

Von  
Friedel Meyer

Gartenschauen hatten in der Vergangenheit durchaus ihren Reiz, nicht nur für Gartenbauer, Gärtner oder den interessierten Bürger. Konnten hier doch wertvolle Anregungen für jedermann gewonnen werden. Bei hohen Besucherzahlen und den damit verbundenen Einnahmen konnten aber auch die Austragungsorte profitieren, insbesondere auch zur Stadtanierung, Fassadenbegrünung, Baumpflanzungen, Ortskernverschönerungen, Ausdehnung der Grünflächen und Parkanlagen, um nur einige Schlagworte zu nennen, waren Lockrufe, denen eine Vielzahl von Städten folgten.

Diese Zeiten sind jedoch aus zweierlei Gründen vorbei:

Von  
Gisela Nacken

Sind Gartenschauen in der jetzigen Form noch zeitgemäß? Die Frage ist, was ist zeitgemäß? MacDonalds, Tutti Frutti, die Aufplusterei eines jeden sauber verlegten Kanalrohres zur ökologischen Großtat? Dann könnten Gartenschauen in der bisherigen Form noch zeitgemäß sein. Für eine solche Gartenschau würde ich aber die Landeszuschüsse sofort einstellen und die freiwerdenden Mittel unserem Partnerland Brandenburg für notwendige Investitionsmaßnahmen im Umweltbereich zur Verfügung stellen.

Eine weitere Förderung von Gartenschauen macht nur Sinn, wenn das bisherige Konzept schnellstens geändert wird.

Gartenschauen alter Prägung werden in Zukunft von den Kommunen nicht mehr zu finanzieren sein. In Aachen werden zur Zeit die Kosten für die geplante Landesgartenschau 2000 zusammengestellt. Auf die Stadt kommt ein zu finanzierender Anteil von 30 bis 40 Millionen Mark zu. Das ist angesichts der knappen Haushaltsmittel und zu tätiger Investitionen im Bereich der Wiedereinführung der

### **SPD: Zielsetzungen müssen klarer definiert werden**

te abzubauen. Gleichzeitig besteht daneben aber auch weiterhin der Anspruch, der Bevölkerung eine Parkanlage der Superlative zu bieten – schon allein wegen des dadurch erhofften Besucherstroms. Diese beiden Anliegen sind nicht ohne weiteres in Deckung zu bringen. Daher sollten für künftige Gartenschauen zunächst die Zielsetzungen klarer definiert werden. Bei der Auswahl einer Kommune als Standort für eine Schau sollte künftig mehr darauf geachtet werden, daß diese Kommune ein wirklich überzeugendes Konzept zur Durchführung vorlegt. Dabei ist vor allem auf Ehrlichkeit in der Planung zu achten, damit nicht im nachhinein die Beteiligten von enormen Kostensteigerungen überrascht werden. Auch über die Höhe der Bezuschussung durch das Land ist nachzudenken. Bei der äußerst angespannten Haushaltslage des Landes stellt sich die Frage, ob der Strukturwandel in einer Gemeinde mit Hilfe einer Landesgartenschau derart großdimensioniert und komplex erfolgen muß, wie das vielerorts geplant ist.

### **CDU: Alternative Modelle sind nötig**

Deshalb ist es nun wichtig, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen und in gemeinsamen Gesprächen mit Veranstaltern der bisherigen Gartenschauen eine Studie zum Kosten-Nutzen-Verhältnis durchzuführen. Die Vorteile für die Stadtentwicklung einerseits müssen konsequent mit den Kosten der Gartenschauen und den daran gekoppelten Folgekosten für die Unterhaltung des Freigeländes abgewogen werden. Die Organisatoren müssen künftig darauf achten, daß die laufenden Unterhaltungskosten der Freigelände für die Städte nicht zu Finanzierungsproblemen der kommunalen Haushalte werden.

Eventuell sind größere Intervalle und eine gezielte Auswahl der sich bewerbenden Städte angebracht. Für die Zukunft könnte ich mir neue alternative Modelle bei der Durchführung der Landesgartenschauen vorstellen, die primär von den Bürgern für die Bürger gestaltet werden. Der Nutzen für die Bevölkerung muß klar im Vordergrund stehen.

### **F.D.P.: Als Messemodell finanzierbar**

Fehlende Finanzen im hochverschuldeten Haushalt von Nordrhein-Westfalen lassen in Zukunft eine öffentliche Finanzierung derartiger Veranstaltungen nicht mehr zu. Auch Städte und Gemeinden müssen ihren Sparbeitrag leisten. In Zukunft müssen Gelder verstärkt eingesetzt werden für Altlastensanierung, Abwasserreinigung, Förderung neuer Umwelttechnologien.

Dennoch sollte man über Gartenschauen nicht den Stab brechen. In kleineren Dimensionen und größeren Zeitabständen sind Gartenschauen als gestaltete Kulturlandschaften auch privat finanzierbar. Nach dem Modell der Messen könnte eine völlig neue Konzeption für Gartenschauen neue Finanzquellen erschließen.

### **DIE GRÜNEN: Konzept für dezentrale „sanfte Gartenschau“**

Stadtbahn oder des Ausbaus der Fernwärme nicht zu verantworten.

Es muß eine Form der Gartenschau gefunden werden, die eine Verbesserung der ökologischen Brennpunkte in den Städten mit reduziertem Mitteleinsatz möglich macht. Dazu sollte man Abschied nehmen vom Rummelplatzcharakter und dem Buhlen um (in der Regel aufgebauchte) Zuschauermillionen. Es sollte mehr Wert gelegt werden auf eine tatsächliche Verbesserung und Aufwertung kritischer Bereiche, ohne dabei in jedem Fall großräumige, zusammenhängende Flächen zu einem Park zusammenzuschließen. In der Regel sind in den Städten solch große Flächen entweder nicht vorhanden, eh schon Grünflächen, deren Ökobilanz durch eine Gartenschau nur verschlechtert werden, oder nur mit unverhältnismäßig großem Mitteleinsatz zusammenzufügen. In Zukunft sollten die Landesmittel von den jeweiligen Städten genutzt werden können, um über die übliche Städtebauförderung hinaus ökologische Brennpunkte zu verbessern. Es müßte ein Konzept für eine Art dezentrale „sanfte Gartenschau“ entwickelt werden. Gelingt das nicht, haben diese Ereignisse keine Zukunft.

## Rau in Regierungserklärung: Höchste Zeit für solidarisches Handeln Parteien sollen gegen Fremdenhaß massiv angehen

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat bei seiner Regierungserklärung im Landtag unter der Überschrift „Drei Jahre nach dem Fall der Mauer: Zur Lage des Landes und des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen“ die demokratischen Parteien aufgerufen, ihre politischen Kräfte zu bündeln sowie gegen Fremdenhaß und Antisemitismus massiv anzugehen. Auf der Suche nach Lösungen für die Folgen der Deutschen Einheit, zusätzlicher finanzieller Belastungen und zunehmender Gewaltbereitschaft sei es nötig, über Parteigrenzen hinweg, gesprächsbereit zu sein. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen meinte, aus der Analyse der Lage müsse man klipp und klar diese oder jene Handlungsanweisung für NRW benennen. Diesem Anspruch sei der Ministerpräsident nicht gerecht geworden. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde erklärte zum Problem der Gewalt, es helfe nichts mehr zu sagen, es träfe nur die Ausländer. Es treffe uns alle, weil Bürgerrechte und Menschenrechte für alle in dieser Welt gelten würden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Dr. Michael Vesper, begrüßte die Regierungserklärung. In der Tat befinde man sich an einer Wegscheide, vielleicht sogar mitten in einer Gezeitenwende. Für die SPD vertrat der Abgeordnete Ernst-Otto Stüber die Auffassung, Nordrhein-Westfalen sei Exportweltmeister. Das sei ein Beweis für internationale Wettbewerbsfähigkeit, mache aber auch von der internationalen Konjunkturlage abhängig.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bat vor Abgabe der Regierungserklärung um ein persönliches Wort. Rau sagte:

„Ich bin zum ersten Mal nach mehr als drei Monaten wieder im Landtag. Ich möchte ganz herzlich danken für viele gute und ermutigende Grüße, in denen mir rasche Genesung gewünscht worden ist. Ich habe diese Ermutigung dankbar empfangen. Sie ist nicht nur von meinen engeren politischen Freunden gekommen, sondern auch aus allen Gruppen derer, mit denen wir im politischen Wettbewerb stehen. Da ich noch nicht alle Briefe habe beantwortet können, erlauben Sie mir hier ein Wort herzlichen Dankes zu sagen. In einer Phase solcher Krankheit gewinnt man neue Einsichten. Meine Hoffnung ist, daß ich auch in turbulenten Debatten gelegentlich an diese Monate der Stille zurückdenke, weil dann manches eine neue Relativität bekommt und weil man hoffentlich die Einsichten auch in gesunden Tagen nicht vergißt, die man in Tagen der Prüfung und der Krankheit glaubt gewonnen zu haben. — Soviel wollte ich hier zu Anfang sagen.“

In seiner Regierungserklärung betonte der Ministerpräsident, Deutsche Einheit und europäischer Einigungsprozeß: das sollten zwei Seiten einer Medaille sein. Aber auch in Europa habe sich das Klima verändert.



Politische Kräfte bündeln: Ministerpräsident Johannes Rau (SPD)

Foto: Schüler

Wechselseitiges Mißtrauen keime auf. Nationale Töne übertönten die europäische Grundmelodie. Das Ziel aber dürfe nie aus den Augen geraten: ein geeintes Europa, das seine Stärke aus der Vielzahl seiner Regionen beziehe und sich nicht in eine zentralistische Zwangsjacke stecken lasse. Im vereinten Deutschland brauche man einen Neuanfang. Drei Jahre nach dem Fall der Mauer und zwei Jahre nach der staatlichen Einheit Deutschlands sei es höchste Zeit für solidarisches Handeln. Viel Zeit sei verloren und viel guter Wille verspielt worden, weil es in Bonn an ökonomischem Sachverstand und an einem nüchternen Blick für die Wirklichkeit gefehlt habe. Deutlich sagte Rau aber auch: „Der Vorschlag des Bundeskanzlers für einen Solidaripakt ist im Grunde richtig.“ Allerdings fügte er auch hinzu, die Absichten der Bundesregierung seien eher geeignet, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu gefährden, weil sie unausgewogen seien. Man brauche endlich eine ungeschminkte Bestandsaufnahme. Rau erinnerte ferner daran, vom 1. Januar 1995 an brauche man eine grundlegende Neuordnung der Finanzbeziehungen und der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern und unter den Ländern. Für ihn stehe im Vordergrund, daß die Länder zusammenstünden. Der Föderalismus müsse in

schwierigen Zeiten handlungsfähig sein. Bei den anstehenden Entscheidungen zur Finanzverfassung gehe es nicht nur um Geld, hier gehe es auch um Grundscheidungen über die Zukunft des Föderalismus. Der Regierungschef zeichnete die Entwicklungen vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden Konjunktur. Im Westen stehe man vor wachsenden wirtschaftlichen Problemen. Der wichtigste Beitrag der Politik wäre, die soziale Schieflage, die Gerechtigkeitslücke bei der Finanzierung der Deutschen Einheit und in der Finanz- und Steuerpolitik insgesamt zu beseitigen. Sonst wachse der soziale Unfrieden im vereinten Deutschland. Im übrigen verwies er darauf, daß die unteren Einkommensgruppen bisher den größten Teil der Kosten für die Deutsche Einheit bezahlten. Er unterstrich auch, die hervorragende Standortposition der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten — das sei eine Aufgabe, „der wir uns unter erschwerten Bedingungen stellen müssen“. Es gebe keinerlei Anlaß, die Zukunftschancen des Standortes NRW schwarzzumalen. Probleme z.B. im Montanbereich sollten nicht überdecken, daß die NRW-Wirtschaft heute auf einem breiteren Fundament stehe als vor zehn, 20 oder 30 Jahren. NRW brauche den Wettbewerb der Regionen nicht zu scheuen. „Wir sind eine starke Region.“

Im Verlauf seiner Regierungserklärung fuhr Rau fort: „Wir leben seit dem Fall der Mauer in einer völlig anderen Welt.“ Es gebe eine Kluft zwischen Einsicht und der Fähigkeit, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.“ Er bleibe aber dabei, der Fall der Mauer sei ein Glücksfall. Für NRW bleibe es bei den landespolitischen Schwerpunkten. Das gelte für den Wohnungsbau, für die Altenpolitik und den Ausbau der Kindergärten. Das gelte auch für die Fortsetzung aktiver Wirtschafts- und Strukturpolitik. Zur Diskussion über den Artikel 16 des Grundgesetzes, der politisch Verfolgten Asyl garantiere, sagte Rau: „Wir brauchen dringend eine Verständigung zwischen den demokratischen Volksparteien. Grundlage dieser Verständigung muß es sein, daß politisch Verfolgte auch in Zukunft bei uns Zuflucht finden, daß Artikel 16 aber nicht länger zu Unrecht als Einwanderungstür in unser Land benutzt werden kann, auch weil wir keine anderen Rechtswege haben,

### Johannes Rau herzlich begrüßt

Landtagspräsidentin Ingeborg Frieb hat zu Beginn der Plenarsitzung am Mittwoch, 11. November, den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau (SPD), „ganz besonders herzlich“ begrüßt. Der Regierungschef nahm zum ersten Mal nach seiner Erkrankung wieder an einer Sitzung des Landtags teil. An Rau gerichtet, sagte die Präsidentin: „Ich denke, wir freuen uns alle, Sie wiederzusehen, und hoffen, daß Sie wieder ganz gesund sind und in alter Frische Ihre Arbeit wieder aufnehmen können.“

die zu schaffen wären. Dazu müssen wir nach meiner Überzeugung nicht nur Artikel 16 unseres Grundgesetzes ergänzen, sondern alle Fragen der Zuwanderung regeln.“ Unkontrollierte Zuwanderung jedenfalls habe soziale Folgen, die vor allem die sozial Schwachen in der Gesellschaft träfen. Im Zusammenhang mit Anschlägen auf Unterkünfte von Asylbewerbern und der Schändung jüdischer Friedhöfe sprach Rau von einer „schlimmen Bilanz“.

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, erwiderte, in weiten Strecken sei Rau zustimmen, es fehlten allerdings konkrete Handlungsempfehlungen für das Land. Vor dem Fall der Berliner Mauer habe sich Westdeutschland in „gespannter Stabilität“ befunden, jetzt hätten wir Unübersichtlichkeit. Schablonen von Gut und Böse seien nichts mehr wert. Die emotionale Grundlage zu Europa drohe zu zerbröseln. Moderieren werde solcher Situation nicht gerecht, es werde enorme Führungskraft gebraucht. Die Kosten für Freiheit und Demokratie seien höher als die für den Zustand davor. Die richtige Arbeitsteilung wäre es, daß Deutschland die Probleme in den neuen Ländern bewältige, die EG diejenigen in Osteuropa und die OECD die der GUS-Staaten. Leider sei das momentan Illusion. Unsere Belastung werde größer, weil nach dem Sonderboom 1990/91 ein Abschwung zu erwarten sei. NRW habe nur drei Viertel des Bundeswachstums, von Nummer Eins sei keine Rede mehr. Steuerausfälle fehlten im Haushalt. Standortdebatten sollten nicht nur mit Kostenfaktoren geführt werden, jedoch seien Löhne, Produktivität, Lohnstückkosten wichtig. In NRW würden in diesen Wochen und Monaten ganze Produktionen wegbrechen. Lohnabschlüsse wie in den letzten beiden Jahren seien im internationalen Wettbewerb nicht mehr möglich. In Zukunft solle es mehr Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen geben, Investivlöhne sollten beschlossen werden. In Grenzregionen müsse über Maschinenlaufzeiten geredet werden. Wenn es gerecht zugehe, würden auch die Gewerkschaften bei einem Pakt für Bescheidenheit mitziehen. Beim Landeshaushalt müsse die Wachstumsrate auf drei Prozent gedrückt werden, denn täglich müßten 22 Millionen Mark für Zinsen aufgebracht werden. Jedes Neugeborene habe bereits 6300 Mark Schulden. Als größtes Land könne NRW Einfluß auf die Geldmärkte nehmen. NRW stranguliere sich mit den Zinsen. Auch Städten und Gemeinden müsse ein Signal gegeben werden. Bei Schule und Ausbildung müßten als Investition in den „Rohstoff Grips“ Engpässe überwunden werden. Zu Konsequenzen aus der neuen Lage gehöre auch eine andere Beurteilung der Ost-West-Verbindungen A4 und A44. Demokraten müßten zusammenarbeiten beim Verkehr und bei der Entsorgung. Dies sei einer der wichtigsten Standortfaktoren. NRW habe keine Standorte. Die Formel vom schlanken Staat hätten alle aufgegriffen. Rau habe schöne Formulierungen gefunden, um der ÖTV nicht wehzutun. Mit Verlagerung auf private Ebenen könne man einen hocheffizienten Staat organisieren. Die Bürokratie in NRW sei nicht mehr zu vertreten. Die Regelungsdichte im Umweltschutz führe, das sage auch Matthiesen, zur Selbstblockade. Die Landesplanung stelle noch auf 16 Millionen Einwohner ab, NRW laufe aber auf 18 zu. Dringenden Handlungsbedarf gebe es bei der Flächensanie-



Die nationale Lage und die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen: v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Ernst-Otto Stüber (SPD) und Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD).  
Fotos: Schüler

rung und beim Management interkommunaler Gewerbegebiete. Für die Kohlepolitik sei der Weg einer kombinierten CO<sub>2</sub>-Energiesteuer richtig, allerdings müsse so etwas EG-weit kommen. Ohne Kombination werde es unverantwortbare Investitionsstaus geben.

**Dr. Achim Rohde**, (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, erkannte in Privatisierungs- und Entbürokratisierungsabsichten von Rau alte Forderungen seiner Partei. „Daß Sie jetzt das Thema schlanker Staat auch übernommen haben, finde ich sehr gut“, sagte er und fuhr fort, es gehe auch um mehr Produktivität in Wissens- und Dienstleistungsberufen, ganz besonders beim Staat. Mit einer effektiveren Gestaltung der Hochschulen könne das verbunden werden. Nach dem Ende des Sozialismus könne die Bundesrepublik nicht so weitermachen wie bisher. Der innere Glaube an jährlichen Zuwachs sei vorbei. Ein neuer Staat mit einer neuen Stabilität müsse aufgebaut werden. Um Verteilungskämpfe fernzuhalten, müsse es eine neue Vernunft geben. Gewalt müsse über alle Parteigrenzen hinweg abgewehrt werden. Wir stünden vor einer ernsthaften Krise, die auch eine Chance sei. Auch die F.D.P. biete Zusammenarbeit an und werbe für Geduld mit der Kultur eines freiheitlichen Rechtsstaates. Schon früher hätte ernsthaft verhindert werden müssen, daß Deutschland ein illegales Einwanderungsland werde. Beim Wegfall von Hierarchie-Ebenen in der Verwaltung könne man die Arbeitsebene stärken und weitgehend auf Gruppen- und Abteilungsleiter verzichten. Der Behördenaufbau solle gestrafft werden, die Mittelinstanz werde für verzichtbar gehalten. Zentrale Verteilungsbürokratien sollten abgebaut werden, wie etwa die „Kanalsortierungsverteilungsbürokratie“. Zu einer Änderung des Personalvertretungsgesetzes gehöre Mut. Das Verhältnis zwischen Opposition und Regierung sei in NRW schlecht gewesen. Betonköpfigkeit und Biestigkeit bedingten sich gegenseitig, nun solle das Klima vernünftiger werden. Wegen der Verzerrungen des Parteienstaates, Filz genannt, sei das Leistungsprinzip in der Verwaltung diskreditiert.

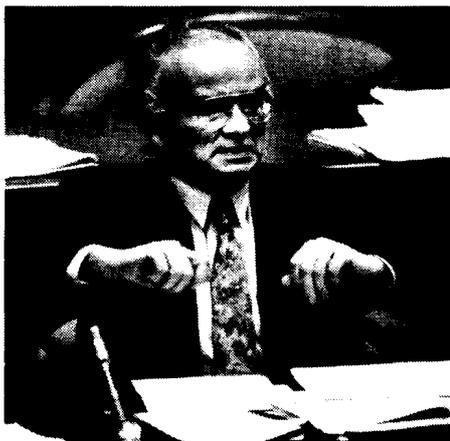
**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, wandte sich dem Ministerpräsidenten mit den Worten zu, dessen Regierungserklärung und die heutige Debatte komme zur rechten Zeit. In der Tat befinde man sich an einer Wegscheide, vielleicht sogar mitten in einer Gezeitenwende. Es sei traurig, aber wahr: Statt der Chancen der Deutschen Einheit stünden

mittlerweile die Probleme im Vordergrund. Der Glücksfall löse heute so manchen Alptraum aus. Raus Botschaft, oder solle man sagen Inszenierung, sei so trügerisch und falsch. Vesper gab zu, für viele sei sie auch verführerisch. Die Botschaft mache Raus Partei und den Fraktionen, den Wählerinnen und Wählern vor, es könne hier in NRW im großen und ganzen so weitergehen wie bisher: Die Botschaft, daß die SPD stabil bleibe und an der Macht, sei indessen eine Illusion. Der Sprecher setzte sich dafür ein, daß die Kosten der Deutschen Einheit, gerade weil sie so gewaltig seien, gerecht verteilt würden. Aber Arbeiter und Angestellte trügen die relativ größten Lasten. Sogar Rentner und Arbeitslose würden, gemessen an ihrer Leistungsfähigkeit, stärker belastet als die in der Regel gut verdienenden Selbständigen. Vesper sagte mit Blick auf die letzte Landtagswahl: „Wir haben Halbzeit.“ Darum sei es ja so bedenklich, daß Rau in seiner landespolitischen Halbzeitbilanz keine schwarzen Zahlen schreibe. Am auffälligsten seien die Versäumnisse im Umweltbereich. Zu den Aufwendungen für die Wirtschaftsförderung führte er aus, die Schere zwischen ihnen und den Umweltausgaben öffne sich immer mehr. Die Mittel für Subventionen an die Wirtschaft hätten sich vervierfacht.

**Ernst-Otto Stüber** (SPD) wandte sich der wirtschaftlichen Lage im Lande zu. Es sei richtig, daß die Montanindustrien von einem weiteren strukturellen Anpassungsprozeß betroffen seien. Es gebe andere strukturstarke Branchen, die ebenfalls unter der nachlassenden Weltmarktnachfrage litten. Stüber nannte als Beispiel den Maschinenbau, die chemische Industrie, die Elektro- und Automobilindustrie. Er führte dagegen an, NRW sei unstrittig Exportweltmeister. Man liege mit einem Pro-Kopf-Export von über 9000 Mark weit über dem Durchschnitt aller EG-Länder. Das mache allerdings auch stark von der internationalen Konjunkturlage abhängig, die zur Zeit nicht rosig aussehe. Der tönerner Riese NRW, um ein Bild zu prägen, auf den schwankenden Beinen Kohle und Stahl sei heute ein sehr munterer Tausendfüßler geworden. „Wir haben in Nordrhein-Westfalen Wachstumsbranchen entwickelt und werden damit fortfahren“, sagte der Abgeordnete. Er erinnerte an die inzwischen führende Stellung als Film- und Medienstandort in der Bundesrepublik. Auch die Kulturwirtschaft zähle zu den drei stärksten Wachstumsbranchen. Er äußerte den Gedanken, daß Deutschland auch in Zukunft ein Hochlohn-, Hochpreis- und Hochnor-

## SPD sieht neue Aufgaben für Verbraucherpolitik 2000

### Sommerfeld: Mehr Umwelt-, Gesundheits- und Qualitätsbewußtsein



Horst Sommerfeld (SPD) begründete den Antrag „Vorsorgender Verbraucherschutz“.

**Horst Sommerfeld** (SPD) erläuterte das Konzept als Angebot an alle Fraktionen. Verbraucherschutz sei für die SPD ein wichtiges Politikfeld. In NRW gebe es 50 Beratungsstellen mit über einer Million Besuchern im Jahr. Die Absicherung auf dem hohen Niveau sei ein anspruchsvolles Ziel, das von Kommunen, Verbänden, dem Bund und der EG unterstützt werden müsse. Die Verbraucher seien heute Umwelt-, gesundheits- und qualitätsbewußter. Ihre Bereitschaft zu verändertem Verhalten, auch hinsichtlich Abfallvermeidung und Energieeinsparung, müsse unterstützt werden. Vorsorgende Verbraucherberatung müsse auch in der Schule beginnen. In 30 Städten müsse eine Kostenteilung den Geschäftsbetrieb der Verbraucherzentralen sichern. Das Auslaufen der Bundeszuschüsse bis 1994 bedeute einen Verlust von 300 000 Mark im Jahr. Ziel eines Verbrauchergesetzes solle die rechtlich-finanzielle Absicherung staatlicher Verbraucherpolitik sein. Die Leistungen der Verbraucherzentrale NRW sei ausdrücklich zu würdigen.

**Hannelore Brüning** (CDU) hielt Verbraucherschutz für bedeutsam. Mit dem Haushaltsansatz von 15 Millionen Mark setze die Landesregierung angesichts des geringen Finanzspielraums ein verbraucherfreundliches Zeichen. Die Entscheidung des Bundestags, die Kürzungsvorschläge nicht zu realisieren, werde begrüßt. Die Zuschußhöhe werde bis zum Länderfinanzausgleich festgeschrieben. Insgesamt stelle der Bund 1993 den Verbraucherzentralen fast zehn Millionen Mark zur Verfügung, für Verbraucheraufklärung insgesamt 53,2 Millionen Mark. Im EG-Binnenmarkt müsse sich das Aufgabenspektrum ändern. Neue Produkte auf dem Markt erzeugten Informationsbedarf. Im SPD-Antrag vermisse sie dazu klare Aussagen. Die Eigenmittel der Verbraucherberatung zu stärken, werde unterstützt.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) bemängelte, der Verbraucherschutz werde als Mittel der Wirtschaftsförderung, zur Ökologie oder Finanzbeschaffung instrumentalisiert. Ganz andere Ziele sollten vielleicht verdeckt werden. Ernst zu nehmen sei Verbraucherpolitik, die sich nicht in Schutz erschöpfe, sondern den Konsumenten zur Förderung gesunden Wettbewerbs ver helfe. Leistungswettbewerb sei auf dessen aktive Mitwirkung angewiesen. Das Verbraucherleitbild der

Der SPD-Antrag „Vorsorgender Verbraucherschutz: Motor für Wirtschaft und Umwelt, Konzept für die Verbraucherpolitik 2000 in NRW“ (Drs. 11/4522) wurde am 12. November bei grundsätzlicher Zustimmung aller Fraktionen in die Ausschußberatung überwiesen.

SPD sei unklar. Die Informations-Aktivitäten hätten bisher schon geringen Erfolg gehabt. Die Konsumentenforschung zweifele besonders Informationsbedarf an. Beim Beratungsangebot stelle sich das Problem von Aufgabenüberschneidungen. Vergleichende Werbung, bei uns verboten, habe sich andernorts als sehr nützlich erwiesen.

**Beate Scheffler** (DIE GRÜNEN) stellte eine so hohe Akzeptanz fest, daß Werbung mit Verbraucherberatung getarnt werde. Der SPD gehe es um die Finanzierung. In den Beratungsstellen werde mit vorsorgendem Verbraucherschutz und zur Änderung von Konsumverhalten wichtige Arbeit geleistet. Deshalb sei unverständlich, daß das Risiko von Personaleinsparungen in Kauf genommen werde. Über ein EG-Programm zur Verbraucheraufklärung solle nachgedacht werden. Alle hätten das Recht zu erfahren, was in den Produkten stecke. Die Deklarationspflicht würde vor allem den Allergikern das Leben erleichtern. Es müsse endlich eine Beweislast des Herstellers, ersatzweise des Importeurs, geben. Der Herstellerort würde manchen vielleicht veranlassen, Produkte aus der Region zu kaufen. Zum Verbraucherschutz gehörten auch ökologischer Landbau,

Broschüren sei den Bürgern zuzumuten. Schuldnerberatung könnten auch Sparkassen anbieten.

**Heinrich Kruse** (CDU) hielt starken Wettbewerb für den besten Verbraucherschutz. Zum vorsorgenden Verbraucherschutz müsse im EG-Binnenmarkt bei noch größerem Angebot fairer Wettbewerb möglich sein. Die staatlichen Überwachungssysteme müßten angeglichen werden. Künstlich behandelte Lebensmittel müßten als solche gekennzeichnet sein. Die deutschen Vorstellungen ließen sich nicht überall durchsetzen, aber ein insgesamt hohes Niveau werde gebraucht.

**Irmgard Schmid** (SPD) sagte, König Kunde gebe es nur auf dem Papier. Die Stellung des Verbrauchers am Markt müsse gestärkt werden. Wettbewerb funktioniere nur, wenn gleich starke Partner miteinander konkurrierten. Einzelne seien gegenüber Erzeugern machtlos. Die Arbeit der Verbraucherberatung schlage sich in wichtigen Gesetzen nieder. Die Bedeutung von Energie-, Umwelt- und Nahrungsmittelberatung nehme zu. Von der wichtigen Funktion und vom Erfolg habe sich der Landtag bei der Ausstellung 1992 im Haus selbst überzeugt.



Immer mehr Frauen nutzen Orientierungshilfen der Verbraucherberatungsstellen. Auch die Rednerinnen der Opposition erkannten deren Leistungen an, v.l.: Hannelore Brüning (CDU), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.), Beate Scheffler (DIE GRÜNEN).  
Fotos: Schüler

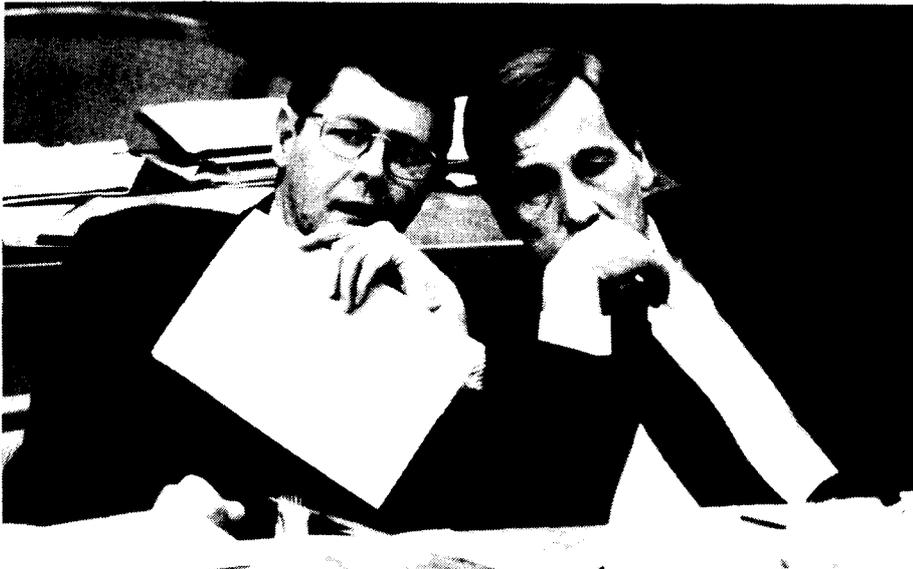
Abwasserabgabe, höhere Energiepreise, Verbandsklage und Jugendschutz.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) zählte rechtliche Rahmenbedingungen der Wirtschaftsordnung ebenso zum Verbraucherschutz wie Verbraucheraufklärung. Die Reduzierung der Bundesmittel bedeute für NRW eine Mindereinnahme von 1,128 Millionen Mark. Von den 50 Verbraucherberatungsstellen seien derzeit 21 nur mit einer Kraft ausgestattet. Große Unterschiede gebe es auch in räumlicher und sächlicher Hinsicht. Neue Stellen seien 1992 in Alsdorf und Brühl eingerichtet worden, 1993 sollten Euskirchen und Herford folgen, dann aber müsse der Ausbau zurückgefahren werden. Einert äußerte Unverständnis dafür, daß einige Kommunen „freiwillig“ 50 Prozent der Kosten für Verbraucherberatungsstellen übernehmen, andere weniger oder gar keine. Es gehe nicht an, daß Landesmittel ungerecht verteilt würden. Ein Entgelt für

### Kein Gegensatz

„Das wachsende Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherbewußtsein hat dazu geführt, daß Verbraucherpolitik immer wichtiger wird. Vielen Verbrauchern geht es heute nicht mehr allein um Preis und Qualität beim Einkauf. Sie wollen verantwortlich handeln, gegenüber ihrer Gesundheit, gegenüber der Umwelt und auch gegenüber den Menschen in der Dritten Welt. Andererseits haben viele Unternehmen bereits erkannt, daß nur, was ökologisch verträglich ist, zukünftig auch wettbewerbsfähig sein kann. Zudem gilt: Hohe Verbraucherstandards führen zu Innovationsprozessen in der Wirtschaft und sichern so die Konkurrenzfähigkeit. Verbraucherschutz und Wirtschaftsinteressen müssen also nicht unbedingt Gegensätze sein. Im Gegenteil: Eine starke Nachfrageseite ist wichtige Voraussetzung zur Sicherung eines funktionierenden Wettbewerbs.“

(aus der Antragsbegründung)



Blick ins Plenum: Staatskanzleiminister Wolfgang Clement und der Abgeordnete Jürgen Büssow (v.r., beide SPD) Foto: Schüler

## Mordaufruf gegen Rushdie erneut verurteilt

*Einstimmig hat der Landtag am 12. November die Überweisung des grünen Antrags (Drs. 11/4569) an den Hauptausschuß – federführend – und an den Kulturausschuß beschlossen. Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN trägt den Titel „Keine Normalisierung der deutsch-iranischen Beziehungen bis zur Aufhebung des Todesurteils gegen Salman Rushdie und bis zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen im Iran“.*

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) stellte klar, es gehe um den Mordaufruf durch einen Staat, „der über die Religion das Leben seiner Bevölkerung kontrolliert“. Im Iran gebe es auch unter der Herrschaft der Gemäßigten willkürliche Verhaftungen und Gerichtsverfahren, Folter und Hinrichtungen. Diese „Gemäßigten“ hätten auch das Todesurteil nicht revidiert, sondern im Gegenteil das Kopfgeld auf Rushdie weiter erhöht. Wie habe die Bundesregierung darauf reagiert? Sie gehe den Weg der Normalisierung, bete die iranischen Verhältnisse gesund, „um damit die Wirtschaftsbeziehungen ungestört intensivieren zu können“. Inzwischen übe der Bund auch Druck auf die Länder aus, das wegen des Rushdie-Urteils auf Eis gelegte Kulturabkommen mit dem Iran zu unterschreiben. Wenn nichts geschehe, werde der Iran zu noch perfideren Unternehmungen provoziert und andere Länder eingeladen, es ihm nachzutun.

**Johannes Pflug** (SPD) nannte es nicht den richtigen Weg, mit all diesen Ländern, die täglich Menschen- und Völkerrechtsverletzungen begingen, keine kulturellen, wirtschaftlichen oder politischen Beziehungen mehr zu unterhalten. Seit dem Tod Khomeinis, der die Aufforderung zur Ermordung Rushdies bekanntgegeben habe, sei es zu Änderungen im Iran gekommen. Dort seien es die Fundamentalisten, die das Inkrafttreten des deutsch-iranischen Vertrages ver-

hindern wollten – denen dürfe man nicht in die Hände spielen, indem das Abkommen auch hierzulande in Frage gestellt würde. Auf den Iran müsse auf anderen Wegen eingewirkt werden, auch über Wirtschaftsbeziehungen könne man Druck ausüben. Die SPD lasse keinen Zweifel daran, daß sie die Mordaufforderung aufs schärfste verurteile.

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) erinnerte an die Ächtung des Mordauftrags durch den Landtag im Jahr 1989; damals hätten sich die Grünen nicht daran beteiligt. Auch er fragte, ob zu allen 80 Nationen, wo nach Auskunft von Amnesty International die Menschenrechte verletzt werden, die Beziehungen abgebrochen werden sollten, oder ob es nicht besser sei, Beziehungen zu schaffen, über die Einfluß ausgeübt werden könne. Das hätten Blüm in Chile, van Nes Ziegler in Prag und er selbst im Gespräch mit Honecker so getan. Klose plädierte ebenfalls dafür, wirtschaftliche Verbindungen zu Gesprächen über die Einhaltung der Menschenrechte auch wirklich zu nutzen.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) erklärte, zu diesem Antrag könne er persönlich nur ein klares Nein sagen. Er habe nicht umsonst jahrelang im Bundestag gegen die Hallstein-Doktrin gekämpft, um sie jetzt über eine Landtagsentscheidung nachträglich wieder einführen zu wollen. „Diesen Weg halte ich politisch für falsch.“ Im übrigen führte Dorn an, der Name Salman Rushdie stehe als Beispiel für viele bekannte und unbekannte Schriftsteller. „Das alles zeigt uns, wie wenig wir vermögen, wenn die Herrschenden von allen Protesten unbeeindruckt bleiben.“

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) sagte, die Landesregierung nehme außerordentlich ernst, was die Grünen mit ihrem Antrag bezweckten. Man sei sehr intensiv dabei zu prüfen, welche Möglichkeiten der Landespolitik, aber auch welche Möglichkeiten im Gespräch mit der Bundesregierung bestünden, Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. Dabei müsse er allerdings der Klarheit halber hinzufügen: Die Landesregierung habe dem Abkommen mit dem Iran in der Mitte letzten Jahres, dem Kulturabkommen, zugestimmt, und die Zustimmung sei nicht rückholbar.

## Fraktionen für und wider Maastricht

*Über eine aktive Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses durch umfassende Informationen hat der Landtag aufgrund eines CDU-Antrages (Drs. 11/4586, neu) debattiert. Mit von der SPD beantragten Änderungen wurde der Antrag angenommen.*

**Norbert Giltjes** (CDU) machte deutlich, durch offene Diskussion und entschiedenes Eintreten sei die Akzeptanz des Maastrichter Vertrags („bedeutende Etappe zur politischen Union Europas“) wesentlich zu verbessern. Darum begrüße man die eingeleitete Informationskampagne der Bundesregierung und verlange von der Landesregierung, „auch in NRW alles zu tun, den europäischen Einigungsprozeß durch eine breit angelegte Informationskampagne zu unterstützen“. Europamüdigkeit und Politikverdrossenheit dürften keine unheilige Allianz eingehen.

**Erich Heckelmann** (SPD) warb für den später ebenfalls verabschiedeten Entschließungsantrag seiner Fraktion (Drs. 11/4602) und bedauerte, das es nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sei. Vom Antrag der Grünen sei nur die Überschrift zutreffend, die übrigen Punkte stimmten nicht mit den Diskussionen im Ausschuß überein.

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) unterstrich, der Vertrag von Maastricht dürfe nicht an der Bundesrepublik scheitern, denn eine Ablehnung des Werks würde die Europapolitik vor einen Scherbenhaufen stellen. Wenn gerade das wiedervereinigte Deutschland den Vertrag nicht ratifizierte, dann würde dies im Ausland wieder als deutscher Sonderweg gewertet. Nach der Ratifizierung müsse aber die Phase der Gestaltung beginnen.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) sagte für die Fraktion „sehr deutlich Ja zu einer europäischen Integration und deshalb Nein zu dem Maastrichter Vertrag“. Es gebe in der Bevölkerung deutliche Kritik an der Entwicklung in der EG, zudem entwickle sich die Gemeinschaft zu einer Festung: „Innerhalb der EG fallen die Grenzen, nach außen werden neue Mauern aufgebaut.“ Man sei auch deswegen gegen Maastricht, weil durch die Ankopplung der Westeuropäischen Union die Gemeinschaft ihren zivilen Charakter verliere: Die EG entwickle sich mit der WEU zur militärischen Supermacht – „auch das lehnen wir ab“. Sie plädierte bei einer Entscheidung solcher Tragweite für eine Volksabstimmung.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) hielt für die Landesregierung das Anliegen des Landtags für „selbstverständlich“ berechtigt, daß der Landtag künftig intensiver an den Angelegenheiten der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft beteiligt werden müsse. Hier empfehle sich, das Verhältnis zwischen Landtagen und Landesregierungen so zu gestalten, wie das zwischen Bundesregierung und Bundestag der Fall sei. In diesem Zusammenhang schloß der Minister nicht aus, daß eine Verfassungsänderung im Lande empfehlenswert werden könnte.

## Aktuelle Stunde Minister und Mandate in Aufsichtsräten

Die CDU im Landtag hat die Mitglieder der Landesregierung aufgefordert, alle Aufsichtsratsmandate in privaten Unternehmen niederzulegen. Die Fraktion erhob diese Forderung in einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde am 12. November, die unter dem Thema stand „Konsequenzen aus der Niederlegung von Aufsichtsratsmandaten durch Minister Clement und mögliche Auswirkungen auf weitere Kabinettsmitglieder“. CDU, F.D.P. und Grüne äußerten zudem die Auffassung, wirtschaftliche und politische Macht müßten klarer getrennt werden. Die SPD verteidigte die zehn derzeit von Landesministern gehaltenen Mandate als „jahrzehntelange gemeinsame Tradition“.

**Herbert Reul** (CDU) appellierte an die Minister der Landesregierung: Die richtige Entscheidung Clements dürfe kein Einzelfall bleiben. Die Regierung solle den Vorschlägen seiner Fraktion folgen, Kollisionen zwischen wirtschaftlichen Interessen und Regierungshandeln vermeiden, auf die Aufsichtsratsmandate verzichten und zusammen klare gesetzliche Normen für die Zukunft erarbeiten. Clement habe mit seiner Entscheidung der Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern einen guten Dienst erwiesen.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) zeigte sich erstaunt: „Mein Gott, Herr Reul, was habe ich nur getan, daß Sie mich loben?“ Daß er mit seinem Schritt tückische Karriereabsichten verfolgt hätte, dieser „unsägliche Unsinn“ sei ja inzwischen widerlegt. Dennoch finde er es ausgesprochen billig, daß nun die CDU nach Konsequenzen für andere Mitglieder frage. Es sei Grund-

## Aufruf der Präsidentin gegen Haß und Gewalt

Aus Anlaß der Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit am 8. November in Berlin hatte die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, in Tageszeitungen des Landes einen Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens mit folgendem Wortlaut erlassen:

„Unter der Schirmherrschaft des Herrn Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker findet am 8. November 1992 in Berlin die Großdemonstration **„Die Würde des Menschen ist unantastbar“** statt.

Ich fordere alle Bürgerinnen und Bürger auf, dem Haß und der Gewalt entgegenzutreten. Im November jährt sich zum 54. Mal die Nacht, in der mit brennenden Synagogen begann, was mit Vernichtungslagern und einem Weltkrieg endete. Wir wollen schon den Anfängen wehren.

Ich rufe Sie dazu auf, an dieser Demonstration und Kundgebung oder entsprechenden örtlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Ich wünsche mir, daß alle demokratischen Kräfte unseres Landes sich demonstrativ für Toleranz und gegen Ausländerfeindlichkeit zusammenschließen.“

konsens im Parlament gewesen, daß Regierungsmitglieder „seit vielen, vielen Jahren“ Aufsichtsräten angehörten; nachdem die CDU jahrelang mitgemacht habe, spreche sie nun von einem „fürchterlichen Irrweg“ — das mache sie ungläubwürdig.

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sagte, er wisse nicht, warum Clement das Rheinbraun-Aufsichtsratsmandat niedergelegt habe. Die Liberalen seien nach wie vor der Meinung, es könne sinnvoll sein, daß Minister Aufsichtsratsmandate annehmen: Wenn dies nämlich im öffentlichen Interesse liege oder wenn Interessenkonflikte nicht zu befürchten seien.

**Jürgen Büssov** (SPD) wies auf die Einigung auf gemeinsame Richtlinien hin, die für mehr Klarheit bei den Kriterien sorgten: Es müsse sich um eine Entsendung in ein Organ eines Unternehmens handeln, an dem die öffentliche Hand beteiligt sei, sie müsse im öffentlichen Interesse liegen und die Ministertätigkeit dürfe nicht mit der Tätigkeit in einem Unternehmensorgan in einem konkreten Interessenskonflikt stehen. In der Öffentlichkeit sei der Eindruck erweckt worden, das, was 30 Jahre im Lande Praxis gewesen sei, stelle auf einmal eine „unanständige“ Angelegenheit dar. Die CDU solle lieber erläutern, was sie zu tun gedenke, wenn in Düsseldorf die Wahl des Oberstadtdirektors mit den Stimmen der Republikaner erfolge.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) plädierte für eine deutlichere Trennung der Vertretung des Allgemeinwohls und von Betriebsinteressen — „dort darf es keine Verwischung geben“. Die Grünen kämpften dafür, daß auch ökologische Vertreter in Aufsichtsräte kämen, ähnlich wie die Entsendung von Arbeitnehmern im Zuge der Montanmitbestimmung. Wahrnehmen sollten das dann aber nicht etwa grüne Politiker, sondern das sei Aufgabe der Umweltverbände. Die Unvereinbarkeit von Ministerämtern und wirtschaftlichen Führungsfunktionen sollte gesetzlich festgelegt werden.

**Ruth Hieronymi** (CDU) sah Bedarf an eindeutigen Regelungen wie etwa in Bayern, wo die Annahme von wirtschaftlichen Mandaten in privaten wirtschaftlichen Unternehmen, an denen das Land nicht mehrheitlich beteiligt ist, verboten sei. Sie fragte den Staatskanzleiminister, ob er einen besonderen Grund gehabt habe für seinen Schritt. Wenn dies nicht so sei, müsse man fragen, „weshalb Minister dieser Landesregierung nach wie vor in Aufsichtsräten sitzen und damit nach Einschätzung der Staatskanzlei den Eindruck des Filzes erwecken könnten“.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) verwies darauf, Minister Clement sei nun zu der Meinung gekommen, daß er der Diskussion für seine Person ein Ende machen möchte. Er könne das gut verstehen, denn es sei unangenehm, wenn man immer wieder öffentlich vorgeführt werde und wenn einen Leute fragten: „Sagen Sie mal, Sie sind doch in soundsoviel Aufsichtsräten. Was haben Sie denn davon?“ Dann wisse niemand etwas über die Abführungsbestimmungen und über Gesetze, und dann werde das auch schnell einmal etwas dubios.

**Dr. Helmut Linsen** CDU-Fraktionsvorsitzender, meinte, die wichtigste Botschaft des heutigen Tages sei, daß im Grunde Minister Clement sich die Argumentation der CDU, die man nun seit zwei Jahren vortrage, vollständig zu eigen gemacht habe. „Wir finden das wirklich gut, und wir meinen, daß er damit natürlich die anderen Minister in gewisse Zugzwänge gebracht hat, weil er natürlich kaum erklären kann, weshalb bei Mannesmann draußen der Anschein einer Interessenkollision kommen kann, wenn bei Thyssen andere sitzen und dort der Anschein nicht da ist.“ Fortsetzung Seite 20



Der SPD-Abgeordnete Klaus Strehl ist vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) überreichte die Auszeichnung in einer Feierstunde. In ihrer Laudatio wies die Präsidentin darauf hin, daß Klaus Strehl seit sieben Jahren dem Landtag angehöre. Von Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit an habe er im Petitionsausschuß und im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung mitgewirkt. Der Bereich des Umweltschutzes gehöre zu seinen Aufgabenschwerpunkten. Seit 1966 sei er Mitglied der SPD, seit 1983 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bottrop. Ferner führe er die SPD-Ratsfraktion. Klaus Strehl habe wesentlich bei der Erarbeitung von Konzepten zur Weiterentwicklung der Emscher-Region mitgewirkt. Rechts im Bild Frau Strehl. Foto: Schüler

## Regierungserklärung...

Fortsetzung von Seite 4

menland bleiben werde. Man müsse aber dafür sorgen, daß Deutschland auch ein Hochleistungsland bleibe. Dazu brauche man eine gezielte Verbesserung von Rahmenbedingungen. Den entscheidenden Grund für das schlechte Wirtschaftsklima sah Stüber in dem nicht endenden Finanzchaos des Bundes. Auch Stüber begrüßte den vom Bundeskanzler angekündigten Solidaripakt, meinte allerdings, dieser komme mindestens zwei Jahre zu spät.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) betonte die gute Basis, um mit den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig zu werden: Die Wirtschaft im Lande sei „robust“, grundlegende strukturelle Veränderungen seien geschafft, mit über sechs Millionen liege die Zahl der Beschäftigten so hoch wie noch nie; „das Land hat mit acht Prozent eine noch zu hohe, aber immerhin die niedrigste Arbeitslosenquote seit zehn Jahren“. Der Dienstleistungssektor habe inzwischen einen Anteil von 55 Prozent erreicht. In den Regionen sei das Verantwortungsbewußtsein für die strukturelle Entwicklung weiter gewachsen, es seien 440 Hektar Industrieflächen mobilisiert worden. Für die Kohle stünden allerdings die Zeichen noch immer auf Sturm: So solle der mühsam ausgehandelte Kohlekompromiß vom November vergangenen Jahres offensichtlich „klammheimlich“ wieder gekippt werden — der stehe aber für die Landesregierung nicht zur Disposition und müsse „ohne Wenn und Aber“ durchgesetzt werden. Der vorliegende Entwurf der EG-Kommission zur Neuregelung der Kohlebeihilfen habe keine energiepolitische Grundlage, mit ihm überschreite die Kommission ihre Kompetenzen und widerspreche den energiepolitischen Zielen des Rates; er sei mit den Aussagen der EG-Kommission nicht in Einklang zu bringen und konterkarriere die energiepolitischen Entschlüsse des Europaparlaments. Wenn die Abstimmung über ein neues Beihilfenrecht im Ministerrat anstehe, dann sei die Bundesregierung gefordert zu zeigen, „wie sehr ihr an der

Umsetzung der Kohlerunde gelegen ist“: Am Kurs des Bundeswirtschaftsministers habe er, Einert, bisher keinen Zweifel. Sollte jedoch der Referentenentwurf aus der EG Realität werden, „dann bedeutet das — das sage ich bewußt so knallhart — das Aus für die deutsche Steinkohle“. Zur Lage der Stahlindustrie führte der Wirtschaftsminister aus, es komme jetzt darauf an, „in aller Entscheidung die strukturellen Probleme gemeinsam zu lösen“. Die Stahlrunde vom September habe in einem konstruktiven Klima stattgefunden, auf Grundlage der gemeinsamen Anstrengung werde es gelingen, die Zukunft der Stahlindustrie auch in unserem Lande zu sichern — dessen sei er sich sicher.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) kritisierte, in der Diskussion um den Industriestandort Deutschland oder NRW werde „mit gezinkten Karten gespielt“: So sei das immer wieder gebrachte Argument von den zu hohen Lohnstückkosten sachlich nicht haltbar und damit unseriös. Die angeblich viel zu hohe Steuerbelastung der deutschen Unternehmen falle in Wahrheit und im Durchschnitt recht bescheiden aus. Was den immer wieder geforderten Lohnverzicht angehe, so würden hier immer wieder Sonderlasten einzelnen Gruppen aufgebürdet, anstatt die Lasten nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen. Gerade die Belastung der sozial Schwachen gefährde die soziale Stabilität im Lande und setze damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel.

**Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) machte darauf aufmerksam, die vorgelegte Regierungserklärung erfolge nicht nur „zwei Jahre nach Kodifizierung der Deutschen Einheit“, sondern auch zur Hälfte der Wahlperiode: Sie sei gleichermaßen Bestandsaufnahme und Perspektive. Mit der Erklärung habe die Öffentlichkeit erkennen können, „daß in unserem Lande der Strukturwandel erfolgreich angepackt ist“, die Politik der Landesregierung sei an einem wirksamen Umweltschutz orientiert und betreibe eine „ökologisch gestaltete Ökonomie“. Es werde klar, daß die Regierung sparsam mit Steuergeldern umgehe und die Lebensbedürfnisse der Menschen durch Konzentration auf das Wesentliche gestärkt würden.

## Sport bald als Staatsziel in Landesverfassung

*Mit großer Mehrheit hat der Landtag am 11. November in zweiter Lesung der Verfassungsänderung zugestimmt, die Förderung und Pflege des Sports als Staatszielbestimmung in die Landesverfassung aufzunehmen. Ein Änderungsantrag der Grünen (Drs. 11/4636) wurde abgelehnt. Die abschließende dritte Lesung fand am 13. November statt.*

**Uwe Herder** (SPD) hob hervor, daß NRW als erstes altes Bundesland den Sport in die Verfassung aufnehme. Damit werde die Rolle des Sports als öffentlicher Aufgabe, die dem Gemeinwohl diene, Rechnung getragen. Sportliche Betätigung verbinde Menschen, diene der gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation; die soziale Leistung des Sports sei enorm, zudem könne die Arbeit der Vereine im demokratisch-föderalen Staat nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Staatszielbestimmung sei ein grundsätzlicher Handlungsauftrag. Gesetzgeber und Verwaltung würden verpflichtet, im Sinne der Verfassungsnorm tätig zu werden. Die Norm müsse jetzt mit Leben erfüllt werden.

**Leonhard Kuckart** (CDU) begrüßte den Konsens, den CDU und SPD in dieser Frage gefunden hätten. Er stellte klar, daß es nicht um Leistungs- und Spitzensport gehe, den zu fördern weiter Aufgabe des Bundes sei. Von der Verfassungsänderung verspreche man sich Handlungsauftrag und normative Richtlinie, daß der Gesetzgeber verpflichtet sei, „die Sportbelange mit anderen öffentlichen und privaten Belangen zukünftig abzuwägen; bei Konflikten zwischen Sport und Umweltschutz habe der Sport künftig „zumindest gleichrangige Bedeutung“. Die Verwaltung sei gehalten, die Belange des Sports in Zukunft wichtiger und ernster zu nehmen. Die Staatszielbestimmung sei für die Gerichte Richtschnur bei Auslegung und Fortbildung des Rechts.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) sagte, man habe es „mit einem stolzen Augenblick für den Sport zu tun“. Aber er müsse etwas Wasser in den Wein gießen: Es stimme nämlich nicht, daß mit der Verfassungsänderung die finanziellen Mittel für den Sport beim Lande sofort reichlicher flössen. Dennoch biete die Aufnahme in die Verfassung dem Sport Hilfe, etwa bei Nachbarschaftsklagen könne der Verfassungsrang des Sports hilfreich sein. Wenn er auch vor überzogenen Erwartungen warne, denke er dennoch, „daß es für den Sport von Nutzen ist, daß wir ihn in seiner gesellschaftlichen Bedeutung anerkannt haben“.

**Gerd Mai** (DIE GRÜNEN) erläuterte die Ablehnung der Grünen, „den Sport ganz allgemein als Staatszielbestimmung in der Verfassung des Landes zu verankern“. Darum habe seine Fraktion den alternativen Vorschlag gemacht, in die Verfassung die Schaffung „wohnungsnaher Gelegenheiten für Bewegung, Spiel und Freizeitsport“ aufzunehmen. Die Grünen seien nicht sportfeindlich, aber sie hätten den begründeten Verdacht, daß mit der von den beiden großen Parteien vereinbarten Formulierung eine „weniger restriktive Genehmigungspraxis für Golf- und Sportflugplätze“ erreicht werden solle. Man brauche aber die Sicherung der „vielfältigen Spiel- und Sportmöglichkeiten um die Ecke“.



Den österreichischen Generalkonsul Dr. Robert Karas (2. v.l.) hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (3. v.l.) zu einem Abschiedsbesuch im Landtag empfangen, an dem auch der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Schauerte (l.), der SPD-Abgeordnete Manfred-Ludwig Mayer (2. v.r.) sowie Landtagsdirektor Heinrich A. Große-Sender (r.) teilnahmen. Neben der Präsidentin Frau Karas. Foto: Schüler

## Rechnungshof erkannte Mängel im Ministerium

### Ilse Ridder: zuständig für neun Millionen Frauen

Erhebungen des NRW-Landesrechnungshofs beim neu errichteten Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann mit den Schwerpunkten: Aufbauorganisation und Personalkonzeption (Vorlage 11/1646) wurden nach der Aussprache im Plenum als „Angelegenheit von besonderer Bedeutung“ am 13. November in die Ausschußberatung überwiesen: federführend an den Ausschuß für Haushaltskontrolle, mitberatend an den Haushalts- und Finanzausschuß und den Ausschuß für Frauenpolitik. Die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers (SPD), wies auf die geringe Personalausstattung ihres Hauses angesichts der Aufgabe hin, das Verfassungsgebot der Gleichberechtigung für neun Millionen Frauen in NRW durchzusetzen. Der Landesrechnungshof hatte einige Stellen für überflüssig gehalten und Doppelzuständigkeiten innerhalb der Landesregierung festgestellt: „Im Zweifelsfall sollte dem Gleichstellungsministerium zumindest die Federführung übertragen werden“ (Bericht über die Aussprache im Plenum in der nächsten Ausgabe).

Die Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 30. Oktober unter der Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) begann mit einer Aktuellen Viertelstunde zu den Konsequenzen der Landesregierung aus den Erhebungen des Landesrechnungshofes beim Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann. Die antragstellende Fraktion der CDU wollte mit der Aktuellen Viertelstunde der Ministerin Ilse Ridder-Melchers Gelegenheit zu einer ersten Stellungnahme geben.

Die Ministerin wies einleitend darauf hin, daß der Prüfbericht keine Rechtsverstöße dokumentiere, sondern lediglich Bemerkungen zu verschiedenen Bereichen enthalte. Kritisiert werde beispielsweise, daß überdurchschnittlich viele Stellen bei den Verwaltungsdiensten angesiedelt seien. Bei der Berechnung seien allerdings, so die Ministerin, auch die Bereiche „Kabinetts- und Landtagsangelegenheiten, Presse“ sowie die Persönliche Referentin einbezogen worden; statt dessen leiste nur ein einziges Referat Verwaltungsarbeit im engeren Sinne. Im übrigen habe sich der Landesrechnungshof nicht mit den Bedingungen für ein kleines Ministerium, das zudem Querschnittsfunktionen habe, auseinandergesetzt. Bestimmte Aufgaben seien, auch was die Intensität angehe, unabhängig von der Größe eines Ministeriums notwendig (z.B. Personal- und Haushaltsangelegenheiten). Die frauenpolitische Sprecherin der CDU, Regina van Dinther, räumte ein, daß die Schaffung eines neuen Ministeriums selbstverständlich auch neue Stellen, insbesondere im Verwaltungsbereich, nach sich ziehe; sie vermisse im Bericht der Ministerin eine Stellungnahme zu den eigentlichen kritischen Bemerkungen des Prüfberichtes,



Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Fotos: Schüler

wie Doppelzuständigkeiten, fehlende Arbeitsplatzbeschreibungen, Vorhaltung von Stellen etc.

Auf sie habe der Bericht eine völlig andere Wirkung, bemerkte die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, Marianne Hürten. Sie habe den Eindruck, daß ein „Männersent“ geprüft habe, ohne Ahnung von Frauenpolitik zu haben. Das Ministerium „solle kleingeredet und Frauenbeschäftigung zu Billigpreisen geordert werden“. Es könne allerdings sein, daß die Querschnittsfunktion des Ministeriums nach außen nicht so sichtbar sei, weil häufig die notwendigen Mitsprachemöglichkeiten fehlten.

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Brigitte Speth, stellte in Frage, daß der Bericht angesichts der eigentlich unbedeutenden Feststellungen als Bericht von „besonderer Bedeutung“ deklariert worden sei. Sie kritisiere auch, daß er veröffentlicht worden sei, bevor die Stellungnahme des Ministeriums vorgelegen habe. Auch sei fraglich, welche Bemessungsgrundlagen für verschiedene Vergleiche herangezogen worden seien, z.B. zur Frage der „Kommunikation“; daß Referate mit eindeutigen Fachaufgaben wie „Internationale Angelegenheiten und Dritte Welt“ zu den Inneren Diensten gerechnet würden, solle ihrer Auffassung nach nur die Unwichtigkeit dieser Bereiche unterstellen. Abschließend wies sie darauf hin, daß alle haushaltsmäßigen Entscheidungen unter Mitwirkung des Parlaments getroffen worden seien.

Ruth Witteler-Koch, frauenpolitische Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, bemerkte dazu, daß diese Entscheidungen auf „Mehrheitsbeschlüsse“ zurückzuführen seien; ihre Fraktion habe bereits in den vergangenen



Prof. Dr. Eberhard Munzert, Präsident des Landesrechnungshofs

## Grünen-Antrag: Mehr Kontrolle von Frauenparkplätzen

Der Grünen-Antrag „Frauenparkplätze: besser ausstatten und kontrollieren“ (Drs. 11/4451) wurde nach der im Grundsatz befürwortenden Aussprache am 16. Oktober in die Ausschußberatung überwiesen.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) hielt den Anlaß für nicht heiter, da 85 Prozent der Frauen in Großstädten abends oder nachts Angst hätten. Insbesondere der ÖPNV sei für viele Frauen ein Alptraum. Im vergangenen Jahr seien 4664 Frauen Opfer von Straßenstraftat geworden, allein in Köln seien mehrere Frauen in der Öffentlichkeit ermordet worden, eine junge Türkin an der Straßenbahnhaltestelle. Soweit möglich, bevorzugten Frauen abends das Auto. Parkhäuser seien meistens Angsträume. Die wenigen Frauenparkplätze würden immer wieder zugelparkt, das müsse geahndet werden.

Brigitte Heemann (SPD) wandte ein, bei privaten Betreibern könnten keine Knöllchen verteilt werden. Parkhäuser und Garagen sollten allgemein gut beleuchtet und bewacht werden. Dunkle und unübersichtliche Parkhäuser würden auch oft als Müllkippe mißbraucht und begünstigten den Vandalismus.

Brunhild Decking-Schwill (CDU) lehnte nicht generell ab, hielt jedoch Helligkeit und Sicherheit für alle Nutzer für richtig. Dazu gehöre Wachpersonal, möglichst mit Hund. Eine Änderung der Garagenordnung sei bei kriminalitätsschwerender Architektur nicht nötig. Das sogenannte Garderobenparken unterstützte die Rednerin vorbehaltlos.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) erzählte von einem Parkhaus-Erlebnis nachts in Dortmund, bei dem sie wegen teilweise geschlossener Eingänge und weiter Entfernung zum Automaten fast in Panik geraten sei. Frauenparkplätze garantierten keinen besonderen Schutz, könnten im Gegenteil potentielle Täter sogar besonders anziehen.

Minister Franz-Josef Kniola (SPD) bemerkte, seit dem Erlaß von 1990 seien fast in allen Garagen Frauenparkplätze eingerichtet worden. Der erste Erfahrungsbericht habe eine ausreichende Quote, gute Akzeptanz und Nachfrage erbracht. Falls Alarmmeldesysteme fehlten, würden die Behörden zur Abhilfe angewiesen. NRW sei bei Frauenparkplätzen Vorreiter.

beiden Jahren moniert, daß die Personal- und Verwaltungsausgaben in keinem „gesunden Verhältnis“ zu den Ausgaben für Sachaufgaben stehen. Das vom Landesrechnungshof gewählte Verfahren halte sie für korrekt, auch könne sie keine Kritik an der Arbeit des Ministeriums, sondern nur an dessen Strukturen feststellen. Es sei nicht die Intention des Berichts gewesen, Frauenpolitik zu negieren.

Dem hielt Reinhold Hemker (SPD) entgegen, daß die Systematik des Berichts darauf angelegt sei, bestimmte Politikansätze nicht zu akzeptieren.

# Parlamentarische Gruppe Bahn in Bremen-Grolland

## Güterverkehrszentren auch in NRW geplant

Die im Dezember 1991 gegründete Parlamentarische Gruppe Bahn informierte sich am 6. November im Güterverkehrszentrum Bremen über das Angebot und die Leistung des bisher in Deutschland einmaligen Standorts. Im Hinblick auf weitere in NRW geplante Güterverkehrszentren (GVZ) nutzten der Vorsitzende des Verkehrsausschusses Hans Jaax (SPD), seine Stellvertreterin Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen Karl Böse (SPD), Heinrich Dreyer (CDU) und Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) sowie rund ein weiteres Dutzend Mitglieder des Landtags die Fahrt im Sonderzug zu Gesprächen mit den Präsidenten der Bundesbahndirektionen Köln, Essen und Hannover, mit Experten des Güterverkehrs auf Schiene und Straße sowie Mitarbeitern und Gewerkschaftsvertretern der Bundesbahn und des Straßenverkehrs.



Von Fachleuten ließ sich der Verkehrsausschuß Vorteile des Kombinierens und Konzentrierens von Warentransporten im Güterverkehrszentrum in Bremen erläutern. 6. v.r.: Ausschlußvorsitzender Hans Jaax (SPD).

Abteilungspräsident Wilfried Zieße, für Projekte-Bautechnik bei der DB-Direktion Köln zuständig, erläuterte den Verfahrensstand bei den Neu- und Ausbaustrecken Köln–Frankfurt und Köln–Brüssel–Paris mit dem Abschnitt S-Bahn Köln–Düren. Bei der Neubaustrecke Köln–Frankfurt werde im Frühjahr 1993, spätestens im Sommer mit dem Abschluß des Raumordnungsverfahrens gerechnet. Im Anhörungsverfahren habe es 10 000 Zuschriften gegeben, 70 Trä-

ger öffentlicher Belange würden in zwei Terminen zu den in 18 Leitordnern gesammelten Planungsunterlagen ein weiteres Mal angehört.

Nur GVZ in Nachbarschaft zu Terminals des Kombinierten Ladeverkehrs (KLV) könnten mit hochwertigen Zügen der Bahn bedient werden, erläuterte DB-Vizepräsident Bau-nack (Direktion Köln). Für das GVZ Duisburg, erläuterte Vizepräsident Dr. Möller (Direktion Essen), seien Kapazitäten für 13,7

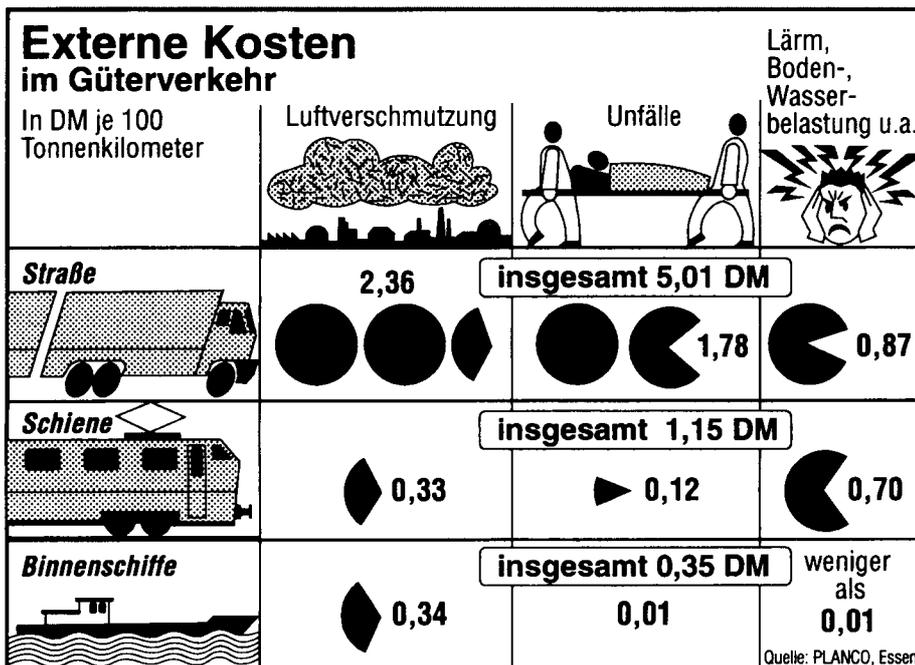
Millionen Tonnen Umschlag vorgesehen. Die Infrastruktur müsse bis 1996 stehen, sonst seien die Frachtraten nicht mehr sicher. Als weitere GVZ in NRW seien Standorte im östlichen Ruhrgebiet, in Ostwestfalen-Lippe, in Emmerich und auf ausdrücklichen Landeswunsch in Siegen, in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden.

Das Frachtzentrum Bremen wurde der Düsseldorf-er Bahn-Lobby als ein ganzes System von Pilotprojekten vorgestellt: Container-Leasing-Depot auf 60 000 Quadratmetern, Container-Reparaturwerkstatt, KLV-Station, Logistikzentrum, Zollstation, Lkw-Waschstraße. „Wir haben hier einen Superumschlagplatz“, meinte Geschäftsführer Lothar Moehlmann, „nur zu wenig Umschlag, weil sich alles auf der Straße tummelt.“ Die Ladungseinheiten im Güterverkehr würden immer geringer, der Kleinladeverkehr wachse, daher auch die Zusammenarbeit mit mittelständischen Unternehmen.

Heinrich Möller (Wirtschaftsförderungsgesellschaft) schilderte die Entstehung des GVZ Bremen aus kommunal- und wirtschaftspolitischer Sicht. Das gesamte GVZ sei so groß wie ein ganzer Stadtteil. Durch Festlegung als städtebauliche Entwicklungsmaßnahme habe Fläche hinzugekauft werden können. Die zehn im GVZ ansässigen Firmen brächten ein Steueraufkommen von 65 Millionen Mark. Weitere Ansiedlungen, vor allem Lebensmittelproduktion, würden vorbereitet. Bremen habe 45 Millionen Mark investiert und Arbeitsplätze für bisher 2 000 Menschen geschaffen.

Vom verkehrspolitischen Nutzen des GVZ überzeugten sich die Abgeordneten bei der Speditionsfirma Kühne & Nagel. Zur Vermeidung unnötigen Lkw-Verkehrs in der Stadt Bremen wurde dort eine City-Logistik entwickelt. Der Spediteur sammelt Sendungen verschiedener Zulieferer und fährt damit nur einmal einen innerstädtischen Großkunden an.

In Mexiko gefertigte Kurbelwellen werden beim Außenhandelszentrum der Bremer Lagergesellschaft im GVZ zu allen europäischen VW-Fertigungsstätten weitergeleitet. Dabei werden Seecontainer entladen und die Fracht für Lkw und Bahn umgepackt. Die VW-Werke rufen die Ware nach Montagebedarf ab. Den Verkehrspolitikern wurde erklärt, daß Distributionszentren dieser Art mehr und mehr gefragt seien; in Mönchengladbach entstehe ein solches für das größte japanische Speditionsunternehmen auf 51 000 Quadratmetern Fläche. Spediteure, das hatte Direktor Schulze aus Wuppertal den Abgeordneten erklärt, seien heute nicht mehr nur Frachtführer, sondern zuständig für „Transport, Verteilung, Lagerung und Kommunikation“.



### Logistik

In der Verkehrswirtschaft wird als Logistik die EDV-gestützte Steuerung von Transporten einschließlich Verteilung, Lagerung und Auftragsbearbeitung verstanden. Citylogistik meint die Belieferung innerstädtischer Großkunden durch konzentrierten Transport mit geringerem Lkw-Verkehr.

## Winterkatastrophe auf dem Balkan befürchtet — Hauptausschuß einig Auch Landesparlament soll Hungerhilfe leisten

*Angesichts des Hungers in weiten Teilen des ehemaligen Jugoslawiens und der dort drohenden Winterkatastrophe hat sich der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) übereinstimmend dafür ausgesprochen, daß sich auch das nordrhein-westfälische Landesparlament mit finanzieller Hilfe zur Bekämpfung des Hungers auf dem Balkan engagiert.*

Bei der Aussprache über den Einzelhaushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei (02) am 5. November schlug der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde vor, man solle sich bei den Haushaltsberatungen mit Sicht auf „die unglaublichen Probleme, die uns in diesem Winter beschäftigen werden, wenn wir uns den Balkan einfach mal unter dem schlichten Gesichtspunkt des Verhungerns von Tausenden von Leuten ansehen“, zu überlegen, ob es nicht möglich sein müßte, daß auch der Landeshaushalt seinen Hilfsbeitrag leistet. Rohde schlug vor, gemeinsam zu beraten, „ob wir nicht wirklich für die Hungerhilfe etwas mehr tun, als wir bisher getan haben“. Er empfahl, man solle sich zusammensetzen, um einen neuen Ansatz zu finden.

Der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow hakte mit der Bemerkung nach, er finde den Hinweis der Opposition gut. „Gut, daß wir hier zueinanderkommen.“ Er regte an, die Deckungskosten für eine solche Hungerhilfe aus der Rückzahlung der Wahlkampfkosten sowie aus Fraktionszuschüssen aufzubringen. Der Sprecher der SPD-Fraktion wertete das Bemühen um eine solche Hilfsleistung als „Signal“.

Auch die CDU-Sprecherin, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi, bezeichnete es als für die CDU wünschenswert, wenn bei den Haushaltsberatungen ein solcher Weg begangen werden könnte. Bei der akuten Hungersnot müsse sich Nordrhein-Westfalen stärker engagieren.

Für die Landesregierung erklärte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD), diese versuche immer, ihre Hilfe auf strukturelle Hilfe zu konzentrieren. Zur Zeit sei man dabei, noch vor dem Winter für je 1000 Flüchtlinge in Kroatien und Mazedonien feste Unterkünfte zu schaffen. Die Haltung der Landesregierung kennzeichnete Clement noch einmal mit der Bemerkung: „Grundsätzlich halten wir mehr davon, strukturell einzugreifen.“ Die Kosten für strukturelle Hilfe seien nicht viel höher, eine solche Hilfe aber sei wesentlich tragfähiger. Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bärbel Höhn, unterstrich ebenfalls, daß für konkrete Hilfe noch mehr getan werden müsse. Sie stellte aber gleichzeitig die Frage: „Wie sieht das mit der Aufnahme von Flüchtlingen hier aus?“

Wolfgang Clement lenkte abschließend den Blick auf eine weitere von möglichen Unbilden des kommenden Winters bedrohte Krisenregion. Er berichtete, die Landesregierung sei zur Zeit dabei, für die Kurden im Irak eine Sonderhilfsaktion in Gang zu bringen. Dort drohe ebenfalls eine Winterkatastrophe. Man sei deshalb bemüht, eine Winteraktion aller Länder hinzukriegen.



*Erörterung der Krisensituation auf dem Balkan: Hauptausschußvorsitzender Reinhard Grätz (r.) und Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (2. v.l.; beide SPD).  
Foto: Schüler*

Der Hauptausschuß griff ferner die in der letzten Sitzung vom 29. Oktober bereits intensiv erörterten Probleme auf, denen sich die Politische Bildung im Land gegenüber sieht.

### Politische Bildung

Der Minister und Chef der Staatskanzlei ließ keinen Zweifel an der Bedeutung der Politischen Bildung angesichts des zunehmenden Rechtsradikalismus in der heutigen Zeit. Um die Mittel aufstocken zu können, gab er den Vorschlag der Landesregierung zu Protokoll, 600 000 Mark in ihrem Haushalt erwirtschaften zu wollen. Im einzelnen führte Clement aus, 300 000 Mark sollten aus Mitteln der Internationalen Zusammenarbeit und 100 000 Mark aus dem Topf für Planung und Durchführung der Nordrhein-Westfalen-Feste kommen. Dabei könnten 50 000 Mark von den Mitteln für das NRW-Fest in Münster und weitere 50 000 Mark von den Ansätzen für mögliche andere kleinere Stadtfeste abgezogen werden. Aus dem Ansatz für Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit rechnete der Minister weitere 80 000 Mark heraus. Reduzierte Mieten für EDV-Anlagen in der Staatskanzlei könnten 50 000 Mark ergeben. Verringerung des Ansatzes bei der Öffentlichkeitsarbeit des Wissenschaftszentrums um 50 000 Mark sowie des gemeinsamen Kongresses des Wissenschaftszentrums um 20 000 Mark würden die Summe von 600 000 Mark an Einsparungen komplettieren.

Die Umschichtungsvorschläge der Landesregierung würden von der SPD-Fraktion übernommen, bekräftigte Jürgen Büssow. Aber er gab zu bedenken, wenn es beim Ansatz von einer Million Mark mehr für die Politische Bildung bleiben sollte, dann fehlten noch 400 000 Mark. Er schlug vor, zur Deckung auf den Haushalt des Landtags zurückzugreifen. Die Deckungsvorschläge könnten aus geringeren Zuwächsen bei den Abgeordnetendiäten erwirtschaftet werden. Damit könnte die Million gesichert werden. Frau Hieronymi wollte sich für die CDU zu

einer abschließenden Beurteilung noch nicht bereit finden, ehe ihr die von Clement genannten Zahlen nicht auch schriftlich vorlägen.

Daß er Deckungsvorschläge für die Arbeit der Politischen Bildung gemacht habe, dafür dankte der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig dem Staatskanzleiminister. Er erinnerte jedoch daran, daß noch in den 70er Jahren rund 90 Prozent der Personalkostenzuschüsse vom Land finanziert worden seien. Bis heute sei die Bezuschussung um 50 Prozent gesunken. Er gab als Beispiel, daß bei Zuschüssen an die Fraktionen die Personalkostenanteile berücksichtigt würden, „in anderen Bereichen nicht“. Hellwig verwies auf die Verärgerung bei den Betroffenen über solch unterschiedliche Bezuschussung und bat darum, Zuschüsse auch für andere auszuweisen.

Vorsitzender Grätz bemerkte dazu: „Es ist nichts gekürzt worden, aber die Tarife sind gestiegen.“ Das sei ein Problem, das auf allen Ebenen vorhanden sei. Der Vorsitzende gab bei der Sitzung indessen selbst eine Bitte an die Landesregierung weiter. Er sagte, es habe einen Wunsch der Jugendmedienakademie Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Medienakademie Babelsberg auf einen Zuschuß gegeben. Dafür könne man natürlich keinen gesonderten Titel ausweisen. Gleichwohl bat er den Minister, zu prüfen, ob es nicht möglich sei, aus irgendeinem Haushaltstitel hier zu helfen. Es gehe um die Seminartätigkeit der Medienakademien, die ihm sehr verdienstvoll erscheine.

### Untersuchungsausschuß

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß des Landtags hat auf seiner 22. Sitzung am 6. November drei Zeugen aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) vernommen. Der Leitende Ministerialrat Dr. Axel Bürger, der Regierungsangestellte Manfred Oettler und MAGS-Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender wurden zu Entstehung und Verteilung des Fragen- und Antwortkatalogs sowie des sogenannten Strategiepapiers befragt.

## Dem Innenausschuß liegt eine ganze Reihe von Anträgen zur Asylproblematik vor

### Fraktionen debattieren über Umsetzung des Funktionsgutachtens der Polizei

Vier Anträge zur Asyl- und Ausländerpolitik liegen derzeit dem Ausschuß für Innere Verwaltung zur Mitberatung vor, sechs weitere Anträge wurden ihm vom Plenum federführend zur Erörterung überwiesen. Die Überweisungsbeschlüsse liegen zwischen Juli 1991 und Mitte September 1992. In der letzten Sitzung am 29. Oktober diskutierte der Ausschuß das weitere Beratungsverfahren.

Stefan Frechen, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, meinte, ein Teil dieses Antragspaketes sei bereits durch Bonner Beschlüsse überholt. Ein weiterer Teil werde sich erledigen, sobald die zu erwartenden Entscheidungen in der Bundeshauptstadt getroffen sein werden. Er beantragte daher, die Anträge bis zum Jahresende ruhen zu lassen. Dem schloß sich die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion an, da auch für sie die Bonner Versuche, zu einer Lösung zu kommen, ausschlaggebend sind. Die beiden Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN, die einerseits den Erwerb der Staatsbürgerschaft erleichtern, andererseits zur Erlangung des Aufenthaltsrechts für Vertragsarbeitnehmer- und -arbeitnehmerinnen der ehemaligen DDR beitragen sollen, könnten nach Auffassung des Sprechers der antragstellenden Fraktion, Roland Appel, im Ausschuß beraten und zügig erledigt werden. Im übrigen schloß sich Appel der Auffassung des Sprechers der CDU-Fraktion, Heinz Paus, an, sämtliche Anträge abschließend zu behandeln. Die beiden vom Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN benannten Anträge gehörten von der Thematik nicht ausschließlich in die Asyl Diskussion, so Paus, sie erschienen seiner Fraktion im übrigen ablehnungsreif. Die

Anträge der CDU-Fraktion „Forderungen nach einer realistischen konsequenten Asylpolitik“ sowie „Für eine integrative Gesellschaft – Wege zur Lösung der Asyl- und Zuwanderungsproblematik“ könnten wegen ihrer Aktualität abgestimmt werden, um so den nordrhein-westfälischen Beitrag in den Meinungsfindungsprozeß auf Bundesebene einfließen zu lassen. Der Antrag der Fraktion der SPD „Parteienvereinbarung zur Asylpolitik zügig umsetzen“ sollte im Hinblick auf das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz für erledigt erklärt werden. Auch die übrigen Anträge könnten abschließend behandelt werden; soweit der Ausschuß mitberatend tätig sei, sei die Entscheidung über ein Votum an den federführenden Ausschuß möglich.

Edgar Moron (SPD) verteidigte den Vertragsantrag des Sprechers seiner Fraktion. Die Gespräche in Bonn könnten ganz andere Ergebnisse haben, als heute angenommen werde. Im jetzigen Zeitpunkt würde eine erneute Plenardebatte über die Anträge nur zu neuen Mißverständnissen und weiteren Konfrontationen zwischen den Parteien führen. Damit würde in der öffentlichen Meinung wiederum der Eindruck verstärkt, es werde viel geredet, aber nichts geschehe. Auch der von Paus aufgeführte Antrag der SPD-Fraktion sei keineswegs erledigt. Überall werde der Versuch unternommen, zu gemeinsamen Lösungen und Positionen zu finden. Ein Schnellschuß aus Nordrhein-Westfalen wäre da wenig hilfreich. Nach längerer hitziger Debatte setzte sich die Fraktion der SPD mit ihrem Vertragsantrag durch.

Auch die erneute und ebenfalls wortstarke

Diskussion des Antrags der CDU-Fraktion über zügige Umsetzung der Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens „Funktionsbewertung der Schutzpolizei“ verdeutlichte die unterschiedlichen Positionen in einer Angelegenheit, die im Grunde alle Fraktionen des Landtags in einem der Polizei nutzbringenden Sinne erledigen möchten. Heinz Paus drängte daher auf die Entscheidung über den Antrag seiner Fraktion, zumal sich alle Fraktionen für die zügige Umsetzung des Gutachtens ausgesprochen hätten.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) verwies in diesem Zusammenhang auf einen neuen Antrag der CDU-Fraktion „Aufgabenkritik der Polizei“. Der Antrag stünde inhaltlich im Zusammenhang mit dem Antrag zur Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens. Über den einen könne nicht losgelöst vom anderen beraten und entschieden werden; es sei von Interesse zunächst zu erfahren, wo unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten Einsparungen beim Haushalt und Entlastungen bei der Polizei erzielt werden könnten. Ihre Fraktion wolle zwar auch die zügige Umsetzung des Gutachtens, die Ehrlichkeit erfordere aber zu sagen, was im Rahmen der Haushaltsvorgaben machbar erscheint. Und dabei wären nicht nur die haushaltsrechtlichen Möglichkeiten und Grenzen zu berücksichtigen, sondern auch die Situation von Kollegen aus jenen Bereichen, die von den Konsequenzen aus der Umsetzung des Gutachtens nicht betroffen sind, sich dennoch aber von den Verhandlungen der Fraktionen etwas versprechen.

Auf heftige Kritik der Sprecher der CDU-Fraktion stieß Frechen mit dem Hinweis, aus Presseerklärungen des hessischen Innenministers sei zu entnehmen, daß eine Übereinkunft zwischen dem Bundesminister des Innern und dem Bundesfinanzminister ein Bund-Länder-Entwurf erarbeitet worden sei, der vorsieht, zukünftig einen Anteil von 40 Prozent der Bediensteten der Schutzpolizei im gehobenen Dienst anzusiedeln, womit der CDU-Antrag in Nordrhein-Westfalen zu Fall gebracht werde. Dies müsse erst hinterfragt werden, die Beratungen sollten darum solange vertagt werden.

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (CDU) hielt dem entgegen, der Landtag von Nordrhein-Westfalen sei überflüssig, wollte er sich hinter die vermuteten Bonner Beschlüsse zurückziehen, ohne eigene Vorstellungen zu formulieren. Sowohl er als auch Paus zitierten Presseerklärungen der SPD-Landtagsfraktion vom Juni und Juli 1992, wonach sich die SPD-Fraktion für die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei und die Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens bis spätestens zum Jahr 2000 ausgesprochen hat. Der zuständige Fachausschuß des Landtags sollte diesen Beschluß der SPD-Landtagsfraktion durch seinen Beschluß unterstützen. Die Aufgabenkritik im Bereich der Polizei werde dadurch nicht überflüssig, sei weiterhin sinnvoll und widerspreche keinesfalls dem CDU-Antrag zur Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens.

Ausschußvorsitzender Egbert Reinhard (SPD) schlug vor, über den CDU-Antrag zeitgleich mit der Abstimmung über den Einzelplan des Innenministers zum Haushaltsplan für das kommende Jahr zu entscheiden. Es sei sinnvoll, die Debatte über die Umsetzung der Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens

Fortsetzung Seite 21



Eine Delegation des im Mai gewählten Parlamentes von Irakisch-Kurdistan unter der Leitung ihres Präsidenten Jawhar Salem Namy (M.) hat den Landtag besucht und ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (4. v.l.) begrüßt worden. Der Besuch der kurdischen Parlamentarier, die zuvor Gäste der niedersächsischen Justizministerin in Hannover gewesen waren, kam auf Initiative des nordrhein-westfälischen Innenministeriums zustande. An dem Empfang im Landtag nahmen auch die Abgeordneten Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN, 2. v.l.), Brigitte Speth (SPD, 4. v.r.) und Ruth Witteler-Koch (F.D.P., 2. v.r.) teil. Foto: Schüler

## NRW paßt Landesplanungsrecht an Vorgaben des Bundesgesetzgebers an

Mit dem Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (Entwurf der Landesregierung, Drs. 11/3759) soll das Raumordnungsverfahren erstmals in das Planungssystem des Landes eingeführt werden, das bisher ohne dieses Instrument ausgekommen ist. NRW folgt damit einer Vorgabe des Bundes, der die Länder verpflichtet hat, Rechtsgrundlagen für ein Verfahren zu schaffen, in dem raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen untereinander und mit den Zielen und Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung abgestimmt werden. — Über den Regierungsentwurf fand am 30. Oktober unter der Leitung von Werner Stump (CDU) eine öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung statt, zu der Sprecher der kommunalen Spitzenverbände, der Bezirksplanungsräte, der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie ein Vertreter der Naturschutzverbände eingeladen worden waren.

Hans-Georg Lange vom Städtetag NRW äußerte Bedauern: Mit dem Entwurf rücke die Landesregierung vom Konzept der Landesplanung als einer gemeinschaftlichen Aufgabe von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden in Richtung einer staatlichen Veranstaltung ab. Er sprach sich gegen eine „allumfassende“ Bürgerbeteiligung aus. Seine Devise: Gemeindebeteiligung beim ROV, Bürgerbeteiligung im Bauleitverfahren. Die Bezirksplanungsräte sollten weiterhin Herren und Träger des ROV bleiben, das sei im Rahmenrecht freigestellt. Wenn die uneingeschränkte Verfahrensherrschaft des BPR hergestellt sei, könne die Durchführung den Behörden der Regierungspräsidenten überlassen werden. Wenn es umgekehrt komme, dann bedeute dies die „Entdemokratisierung der Landesplanung auf der Regionalstufe“.

Für den Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund betonte Werner Cholewa, daß zur Zeit auf Bundesebene die „Vollzugstauglichkeit“ von § 6a des Raumordnungsgesetzes überprüft werde: Um eine eventuelle erneute Novelle zu vermeiden, sollte dies abgewartet werden. Im übrigen sollte man es bei der gegenwärtigen Rechtslage belassen, das Verfahren sei schon jetzt engmaschig genug, bedürfe keines neuen Instruments und gehe bisher schon „an die Grenze der gemeindlichen Bauleitplanung“ heran. Eine „Entfeinerung“ der Gebietsentwicklungsplanung (GEP) würde den „staatlichen Korridor“ der Landesplanung noch weiter verstärken und damit die gemeindliche Selbstverwaltung belasten. Die Landesplanung habe wichtigere Fragen zu lösen, etwa die Verbesserung des Verhältnisses der Regionalplanung und der Bauleitplanung, um durch die Bereitstellung von mehr Bauflächen die Wohnungsnot zu bekämpfen. Von den Gemeinden ausgewiesene Flächen könnten wegen gesetzlicher Hemmnisse oft nicht mobilisiert werden.

Der Landkreistag NRW begrüße die Gesamtkonzeption zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, wenn die kommunale Beteiligung nicht geschmälert und die Verfahrensdauer nicht verlängert werde, führte Dr. Alexander Schink aus. In den Regelungen über die Verknüpfung von ROV und GEP-Verfahren sah er sichergestellt,

## Umweltschützer gegen Beschleunigung der Verfahren auf Kosten der Natur



Der Plenarsaal des Landtags war Ort der öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses zur Änderung des Landesplanungsgesetzes.  
Foto: Schüler

daß der BPR nach wie vor die wesentlichen Leitentscheidungen in der GEP treffen könne. Schink plädierte für eine parallele Weiterführung der Verfahrensschritte im ROV, wenn Projekte den in den GEP konkretisierten Zielen der Raumordnung widersprächen: Eine Aussetzung bis zur Entscheidung im GEP-Verfahren würde zu Zeitverlusten führen. Fristen für die Träger öffentlicher Belange könnten des weiteren zu einer Verfahrensbeschleunigung beitragen, neun Monate sah er dabei als ausreichend an. Es sollte zudem sichergestellt werden, daß die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nicht erneut in das Zulassungsverfahren einbezogen werde.

Wesentlicher Punkt sei die Frage: Wer ist Herr des Verfahrens? Hinter dem Gesetz stehe, fand als Sprecher aller Bezirksplanungsräte bei den Regierungspräsidenten der Duisburger Oberbürgermeister Josef Krings, daß der zuständige Minister die Regierungspräsidenten anweisen und ein „stringentes“ Verfahren in Gang gesetzt werden könne. Der Landtag wolle bestimmte Probleme allein entscheiden, der Dialog mit den Gemeinden werde nur auf Druck aufgenommen, klagte Krings und stellte eine „wachsende Kluft“ zwischen Kommunalpolitikern und dem Landtag fest. Das Mißtrauen gegen die Gemeinden sollte abgebaut und sie von Anfang an in das Verfahren einbezogen werden. Krings: „Nichts läuft ohne kommunalen Konsens.“ Wenn das Gesetz so wie vorgesehen durchgeführt werde, würden damit die Verfahren verlängert und nicht wie beabsichtigt verkürzt.

Als „insgesamt tragfähige Lösung“ sah die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern den Gesetzesentwurf an; allerdings sei das „Durchgriffsrecht des Landes“ noch nicht optimal, sagte der IHK-Sprecher Rainer Lessenich. Das Verfahren zur Übernahme des Ergebnisses des ROV in den GEP sollte so geregelt werden, daß im ROV auch die Übernahme des Ergebnisses des ROV in den GEP mitgeprüft werde und das Vetorecht des BPR entfallen solle. Als neuen Denkanstoß emp-

fahl Lessenich, das Instrument der Veränderungssperre aus der kommunalen Bauleitplanung auf die Ebene der Landesplanung zu heben. Das würde verhindern, daß in die in Aussicht genommene Fläche die Gemeinden mit anderen Maßnahmen hineingehen könnten, etwa indem sie die Bebauung einer umstrittenen Autobahntrasse zuließen.

Für die beiden Landwirtschaftskammern des Landes forderte Dr. Friedhelm Ebel, die Landwirtschaftskammer im ROV in den Kreis der zu beteiligenden Stellen einzubeziehen. Winfried Mengelkamp vom DGB begrüßte den Gesetzesentwurf: Die Schaffung und Bewahrung und weitere Entwicklung regional gleichwertiger Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen müsse zu einer gemeinsamen Aufgabe aller raumwirksamen Politikbereiche aller staatlichen Ebenen, der Gemeinden und der Europäischen Gemeinschaft werden. Der DGB-Sprecher plädierte für eine stärkere Verzahnung von Regionalen Entwicklungskonzepten und GEP; das Ergebnis dürfe aber nicht in der „Formalisierung und Bürokratisierung“ der Regionalen Dialog- und Kooperationsstrukturen durch die Landesregierung bestehen.

Dr. Eckehart Ehrenberg vom Bund für Umwelt- und Naturschutz hielt in Zusammenhang mit der Verbesserung der Landesplanung durch UVP und erweiterte Bürgerbeteiligung nichts von der Einführung ganz neuer Instrumente: Das verkompliziere nur die ohnehin schon schwer durchschaubare Materie. Aber: „Eine Beschleunigung gegen die Natur machen wir nicht mit.“ Die „Entfeinerung“ der GEP sei ein eindeutiger Rückschritt, dadurch leide die Übersichtlichkeit erheblich. Die neu eingeführte Bürgerbeteiligung sei jedoch nur ein Scheinfortschritt, wenn auf die „wichtige Errungenschaft“ der mündlichen Erörterung aller vorgebrachten Anregungen und Bedenken im ROV verzichtet werden könne. Das sei ein „Rückfall in die politische Steinzeit“, erklärte Ehrenberg und schlug zur Begleitung der UVP die Bildung eines Sachverständigenrates vor.



In öffentlicher Anhörung informierte sich der Verkehrsausschuß über den Bedarf im Straßenbau aus der Sicht von Verkehrsexperten, v.r.: Gisela Nacken (DIE GRÜNEN), Stenografin, Harald Holler (Ausschußassistent), Hans Jaax (SPD), Ausschußvorsitzender, Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), stellvertretende Ausschußvorsitzende, CDU-Fraktionsreferent, Heinrich Dreyer (CDU) und weitere Mitglieder der CDU-Fraktion.

## Öffentliche Anhörung zum Landesstraßenbau:

### Wenn Ortsumgehungen nicht gebaut werden...

In einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses nahmen die Landschaftsverbände, die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern (IHK) in NRW, das Wuppertal-Institut Klima-Umwelt-Energie und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) am 10. November zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans Stellung. Die Anhörung war von der CDU für notwendig gehalten worden, weil die Festschreibung der Landesmittel bis 1997 durch den Verkehrsminister dem tatsächlichen Bedarf im Landesstraßenbau nicht entspreche. Ausschußvorsitzender Hans Jaax (SPD), der wegen der Haushaltsklausur der SPD die Regierungspartei allein vertrat und die Leitung nach der ersten Runde seiner Stellvertreterin Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) übergab, wies darauf hin, daß im Rahmen der Bedarfsplanungsfortschreibung als Beitrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung erstmals eine systematische ökologische Risikoeinschätzung für Neubaumaßnahmen und Ortsumgehungen vorgenommen worden sei. In zahlreichen Zuschriften hatten Kreise und Gemeinden, deren Vorhaben nur als „weiterer Bedarf“ eingestuft worden war, den Verkehrsausschuß gebeten, wenigstens die Planung weiter vorantreiben zu können. Um „Bestätigung für eigene Vorschläge zu finden, aber auch kritische Anmerkungen entgegenzunehmen“, wie Jaax formulierte, befragten die Abgeordneten der drei Oppositionsfraktionen die Verbandssprecher zum Verfahren der Fortschreibung des Bedarfs, zur Treffsicherheit der Bedarfsermittlung, zu den Folgen zu knapper Mittel und des Verzichts auf Ortsumgehungen und zum Spannungsverhältnis zwischen Straßenverkehr, Sicherheit, Klima- und Umweltschutz.



Sprecher der Landschaftsverbände als Baulastträger, der Industrie- und Handelskammern, des Klima- und Umweltschutzes bei der Anhörung zum Straßenbaubedarf. Fotos: Schüler

Den erheblichen Verwaltungsaufwand durch die erstmals vorgeschriebene ökologische Risikoabschätzung unter zu großem Zeitdruck erläuterte Landesrat Heyde (Landschaftsverband Rheinland), der dem Entwurf des Bedarfsplans zustimmte. Bei der Bedarfsermittlung räumte er der Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Lebensqualität den ersten Rang ein. Helmut August vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe betonte die in langen Jahren gewachsene Sachkunde der Landschaftsverbände als Baulastträger und hielt den zu engen Finanzrahmen bis 1997 für das Kernproblem. Im übrigen komme im ländlichen Raum eine Verkehrsverlagerung auf die Schiene wegen Streckenstilllegungen kaum in Frage.

„Nach Auffassung der Kammern macht es keinen Sinn, in den zu geringen Finanzrahmen von 2,9 Milliarden Mark auch alle Maßnahmen der 2. Dringlichkeitsstufe einzubeziehen“, führte IHK-Sprecher Pawellek aus. Alle nicht im Bedarf bis 1997 aufgeführten Projekte müßten unabhängig vom Finanzvolumen als „weiterer Bedarf“ geführt werden. Der Verzicht auf notwendige Orts- und Stadtteilumgehungen habe noch mehr Staus und eine Zunahme der Schadstoff- und Lärmemissionen zur Folge. Verstopfte Ortsstraßen bedeuteten Standortnachteile für die ganze Region.

Für das Wuppertal-Institut beschränkte sich Dr. Rudolf Petersen auf die Aspekte Klima- und Umweltschutz sowie Energieeinsparung bei der Straßenbau-Bedarfsermittlung. Jede

Maßnahme sei zu vermeiden, die die Kapazität erhöhe, das gelte nicht nur für die Straße. Das Problem wachsender Verkehrsnachfrage sei auch in der räumlichen Trennung der Lebensfunktionen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit angelegt. „Dem Auto nicht mehr soviel Raum geben“, empfahl Petersen.

Ähnlich äußerte sich VCD-Sprecher Schäper-Deckenbach, der einen Widerspruch zwischen dem Klimabericht NRW und dem Entwurf des Landesstraßenbaugesetzes feststellte, da als Ortsumfahrungen bezeichnete Maßnahmen in Wirklichkeit einen Ausbau der überörtlichen Straßenverkehrsinfrastruktur darstellten. Der Entwurf gehe von wachsendem Straßenverkehr aus. Vom Grundsatz „Aus- vor Neubau“ könne keine

### „Trennung eines Ortes durch Blechlawine“

... bitten wir Sie, sich die Situation in O. anzusehen, um vor Ort die Trennung eines Ortes durch eine Blechlawine zu erleben ... Die Gemeinde hat die Ortsumgehungen nicht leichtfertig zur Aufnahme in den Landesstraßenbedarfsplan angemeldet, sondern erst nach sehr eingehenden Beratungen mit den Behörden sowie einer Bürgerbefragung, bei der 60 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Der Willensbildungsprozeß war nicht einfach ... Darum war der Rat der Gemeinde erstaunt und erschrocken, daß die angemeldete Maßnahme im Regierungsentwurf nicht enthalten ist ...

Falls eine Aufnahme in den Landesstraßenbedarfsplan aus finanziellen Gründen oder weil andere Maßnahmen erheblich höhere Priorität haben, nicht möglich ist, sollte zumindest erreicht werden, daß dem Landesstraßenbauamt Mittel zugewiesen werden, daß die Planung weitergeführt werden kann ... Bei den vorgetragenen Argumenten wird es den Bürgern unverständlich sein, wenn hier offenen Auges ohne Fortführung der Planung ein vorprogrammiertes Verkehrschaos abgewartet wird.“ (Aus einer Zuschrift zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans an den Verkehrsausschuß.)

Rede sein. Mit anderen Verkehrsträgern sei er nicht abgestimmt.

Im Zuge von Nachfragen nahmen Ausschußmitglieder und die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen auch die Gelegenheit wahr, den Verbänden ihre Standpunkte zur Verkehrspolitik des Landes und dem Finanzvolumen für den Straßenbau zu erläutern (Bericht über die erste Lesung des Landesstraßenbaugesetzes in „Landtag intern“ Nr. 16/1992).

## Bahnbus-Verkauf: Gewinn oder Verlust

Probleme bei den Verhandlungen zum Verkauf der Busunternehmen des Bundes wurden in der Verkehrsausschußsitzung am 29. Oktober eingehend erörtert. Der Ausschuß befürwortet das möglichst baldige Integrieren in die ÖPNV-Konzepte. Wie ein Vertreter des Verkehrsministeriums berichtete, versuchten derzeit die Investitionsbank und das Ministerium ein Einvernehmen bei der Wertermittlung zu erzielen, wobei das Tarifniveau eine große Rolle spiele. Ohne Sonderlösungen müsse bei der Übernahme von Bundesbusunternehmen mit einem erheblichen Personalkostensprung gerechnet werden.

## Sport in der Landesverfassung: „Den Worten müssen Taten folgen“

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu den Gesetzentwürfen der Fraktionen von CDU und SPD zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Drsn. 11/1514 und 11/3554) standen im Mittelpunkt der 30. Sitzung des Sportausschusses am 2. November unter Vorsitz von Hans Rohe (SPD).

Nicht unerwartet hatten die Fraktionen der CDU und SPD einen gemeinsamen Änderungsantrag gestellt, der mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen wurde. Dieses Votum wird der federführende Hauptausschuß in seine eigenen Beratungen mit einbeziehen.

Der Änderungsantrag hat folgenden Inhalt:

- Die Überschrift des Dritten Abschnitts des Zweiten Teils der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen ist wie folgt zu ergänzen (Änderungen sind unterstrichen):  
Dritter Abschnitt: Schule, Kunst und Wissenschaft, Sport, Religion und Religionsgemeinschaften.
- Artikel 18 der Landesverfassung erhält folgende Fassung:
  - (1) Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern.
  - (2) unverändert
  - (3) Sport ist durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern.

Die sportpolitischen Sprecher Uwe Herder (SPD) und Leonhard Kuckart (CDU) erklärten übereinstimmend den Willen ihrer Fraktionen, den Sport im Wortlaut des gemeinsamen Antrags in die Landesverfassung aufnehmen zu wollen.

Michael Ruppert (F.D.P.) wies die Initiatoren auf die Selbstverpflichtung des Gesetzgebers durch die Aufnahme des Sports in die Verfassung hin. Den Worten müßten für den Sport spürbar Taten folgen. Seine Fraktion trete dem Kompromißvorschlag bei.

Gerd Mai (Die Grünen) erinnerte an die Auffassung seiner Fraktion, die Forderung nach einer Verfassungsbestimmung zur Sportförderung in der vorliegenden Form richte sich gegen den Umweltschutz. Diese Skepsis habe sich jetzt erneut bestätigt. Er legte einen Änderungsantrag vor, der Artikel 18 (3) Landesverfassung wie folgt definiert: „Land und Gemeinden haben die Aufgabe, wohnungsnahe Gelegenheiten für Bewegung, Spiel und Freizeitsport zu schaffen.“ Dieser Antrag wurde von den Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die Fortsetzung der Beratungen des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Feststellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1993, einzelpläne 05 — Kultusministerium — und 06 Kapitel 06 510 — Ministerium für Wissenschaft und Forschung — Deutsche Sporthochschule in Köln in Verbindung mit § 23 Gemeindefinanzierungsgesetz (Zuweisung zu Sportstättenbauten).

Verschiedene Etatansätze wurden auf Nachfrage der Parlamentarier von Vertretern der Landesregierung erläutert, Problemstel-

lungen wurden diskutiert. Anträge wurden nicht gestellt.

Die Hauptentwicklungslinien des Haushalts lassen sich derzeit folgendermaßen beschreiben: Nach den Olympischen Spielen von Barcelona und Albertville suche der deutsche Sport nach neuer Orientierung. Die Zielsetzungen für den Weg nach vorn würden durch die bekannten Probleme der öffentlichen Haushalte nicht gerade erleichtert. Unter diesen Umständen sei ein „Überrollen“ der Haushaltsansätze schon als guter Erfolg anzusehen. Die Landesregierung hoffe, auch im kommenden Haushaltsjahr, dem erklärten Ziel „Sport für alle“ in Nordrhein-Westfalen einen Schritt näher zu kommen.

Die Erhöhung der Haushaltsmittel für den Behindertensport auf insgesamt 1,2 Millionen Mark, die der Landessportplan ausweise, trage dazu bei, auf diesem Feld in der sozialen Offensive neue Akzente zu setzen. Auch der Breitensport werde weiterentwickelt. Eine Förderung betreffe das Projekt zur Integration der ausländischen Mitbürger in Sportvereine. Dafür sei im Rahmen einer Projektförderung wieder ein Betrag von 100 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Weitere Aspekte in der Breitensportentwicklung sei das Arbeitsfeld „Sport und Gesundheit“. Mehr als 800 Gruppen zur Herzinfarkt-rehabilitation seien bereits in NRW tätig. Herz-Kreislauf-Präventionsgruppen würden aufgebaut, Sport in der Krebsnachsorge werde angeboten, und das in NRW entwickelte Programm „Sport für Diabeteserkrankte“ werde mittlerweile von vielen anderen Bundesländern übernommen. Besonders wichtig sei auch der neue Ansatz, Sport mit herzkranken Kindern zu erproben und zu erkunden, ob durch Bewegungs- und Spielangebote deren Lebensbedingungen verbessert werden können. Im Bereich des etwas in die Diskussion geratenen Schulsports habe man insofern einen Akzent gesetzt, als bei den freiwilligen Schulsportgemeinschaften die Mittel um 900 000 auf 4,4 Millionen Mark erhöht worden seien. Damit sollten die Angebote im Rahmen des außerschulischen Schulsports — von der Talentsuche bis hin zu den Förder- und Fitneßgruppen — verbessert werden. Man

wolle damit vor allen Dingen auch zusätzliche Angebote für die behinderten Kinder und Jugendlichen im Schulsport ermöglichen.

35 Millionen Mark, die für den Sportstättenbau der Kommunen bereitgestellt sind, werden ins Gemeindefinanzierungsgesetz übernommen. Diese formale Übernahme werde die inhaltliche Prozedur der Bewirtschaftung durch den Kultusminister jedoch nicht einschränken, so daß die bewährten Förderverfahren auch weiterhin gelten sollten.

Golf ist aktuell eine im Aufwind befindliche Sportart. Vor allem in den Randbereichen der Ballungsgebiete unseres Landes entstehen zunehmend Golfplatzanlagen. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Vereine und die verstärkte Anzahl von Anträgen auf Neueinrichtung von Golfplätzen unterstreichen die Zunahme des Interesses an diesem Sport in der Bevölkerung. Bei den Politikern im Sportausschuß sind allerdings erhebliche Zweifel entstanden, ob die in der Praxis angewandten Orientierungsrichtlinien überhaupt geeignet seien, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Die Planungsrichtlinien für die Errichtung von Golfplätzen in den Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Köln befanden sich deshalb unter dem Tagesordnungspunkt „Planung von Golf-Plätzen“ auf dem Prüfstand.

Im Anschluß an den Bericht des Vertreters des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft zu dieser Thematik fand eine besonders intensive Diskussion statt. Dabei wurden auch die gegensätzlichen Hauptbetrachtungsweisen in Erinnerung gerufen. Kritiker des Golfsports meinen, daß es sich um eine ökologisch bedenkliche Sportart handle, bei der auch größere Freiflächen dem Zugang der Öffentlichkeit entzogen würden. Die Befürworter vertreten die Auffassung, Golf sei eine ökologisch vertretbare und gesundheitlich zu empfehlende Sportart, die sich zu einem Volkssport zu entwickeln scheint.

Das vorläufige Fazit: Die vorliegenden Orientierungsrichtlinien seien eher dazu angelegt, den Golfsport als elitär zu halten und

Fortsetzung Seite 23



Als Gäste der gemeinsamen Verfassungskommission haben sich auf Einladung von Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth die beiden Abgeordneten der Verfassungskommission der Russischen Föderation, Buldajew und Dr. Volkow, in Deutschland aufgehalten. Im Landtag wurden die russischen Politiker vom Vorsitzenden des Hauptausschusses, Reinhard Grätz (SPD, M.) in Vertretung der Landtagspräsidentin empfangen. An dem Erfahrungsaustausch bei einem Arbeitsessen nahmen auch der Abgeordnete Norbert Giltjes (CDU, r.), der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde (3. v.l.) und GRÜNEN-Fraktionssprecherin Bärbel Höhn (4. v.l.) teil.

Foto: Schüler

## Alle Fraktionen für parlamentarische Mitsprache in Europa

### NRW-Landtag fordert: Abgeordnete in den EG-Regionalausschuß!

*In der Sitzung des Unterausschusses Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit des Hauptausschusses am 4. November wurden bei der Erörterung des Sachstands beim EG-„Ausschuß der Regionen“ unterschiedliche Positionen von Landtag und Regierung deutlich, was die Besetzung dieses Ausschusses betrifft (siehe auch „Aus dem Plenum“ Seite 6). Der Unterausschuß ließ sich außerdem von einem Vertreter der Staatskanzlei über das Ratifikationsverfahren der Maastricht-Beschlüsse informieren. Die Anregung des Unterausschuß-Vorsitzenden Jürgen Büssow (SPD), eine Tagung der Vorsitzenden der Europa-Ausschüsse der Landtage in Düsseldorf vorzuschlagen, fand allgemeine Zustimmung.*

Eine „Mischbesetzung“ des Regionalausschusses aus Vertretern der Landesregierung und der Länderparlamente verstoße gegen den Grundsatz der Gewaltenteilung, hieß es in der Stellungnahme der Staatskanzlei. Außerdem entstünden unterschiedliche Verantwortlichkeiten. Der Regionalausschuß solle auf EG-Ebene eine ähnliche

### Ausschußpolitik für arbeitslose Frauen

*Der Ausschuß für Frauenpolitik forderte in der Sitzung am 30. Oktober mit den Stimmen der SPD und der Grünen bei Enthaltung von CDU und F.D.P. die Landesregierung auf, sich im Bundesrat weiterhin dafür einzusetzen, daß die im Entwurf der 10. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz vorgesehene unverbindliche „Frauenquote“ in eine verbindliche Regelung umgewandelt wird (Berücksichtigung von Frauen an Maßnahmen der beruflichen Bildung und der Arbeitsbeschaffung mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit) und daß es keine Einschränkungen im Bereich des § 41a „Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen“ gibt.*

Abschließend nahm der Ausschuß seine Beratungen zum Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen!“ (Drs. 11/4294) auf. Die zuständige Referentin im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, G. Schmidt, erläuterte, daß Wohnungsnot und Obdachlosigkeit ein gesamtgesellschaftliches Problem darstelle, das die verschiedenen Ebenen der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik berühre. Von Obdachlosigkeit und Wohnungsnot seien mittlerweile nicht mehr nur die „Berber“ oder andere soziale Randgruppen betroffen; verantwortlich für die steigenden Zahlen seien u.a. Räumungsklagen wegen Eigenbedarf sowie lange Wartezeiten für Sozialwohnungen. Eine wesentliche Zunahme sei auch bei alleinstehenden Frauen (mit Kindern) oder schwangeren Frauen zu bemerken. Durch die Wohnungsnot würden im übrigen andere Einrichtungen, z. B. Jugendsozialeinrichtungen oder Frauenhäuser, belastet, weil die betroffenen Personen aufgrund des Mangels an geeignetem Wohnraum dort länger als vorgesehen verblieben. Leider seien Frauenhäuser mittlerweile zu „Obdachlosenunterkünften“ und Beratungsstellen zu „Wohnungsvermittlungen“ geworden. Abschließend wies sie darauf hin, daß beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein interministerieller Arbeitskreis eingerichtet worden sei, der die Aufgabe habe, ein gesamtpolitisches Konzept für den Umgang mit der Wohnungsnot zu erstellen; im übrigen habe das Ministerium eine Untersuchung zu „Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen“ in Auftrag gegeben, das in Kürze vorliegen werde.

Funktion wie innerstaatlich der Bundesrat einnehmen, gehöre also zur Regierung. Erklärtes Ziel der Länder sei es, den Regionalausschuß zu einer eigenständigen Kammer weiterzuentwickeln.

Zu einer anderen Beurteilung kommt ein Gutachten der Landtagsverwaltung. Der in den Vertrag über die Europäische Union neu eingefügte Artikel 198a lege fest, daß die Mitglieder des Regionalausschusses vom Rat „auf Vorschlag der jeweiligen Mitgliedstaaten“ ernannt werden. Das Vorschlagsrecht für die der Bundesrepublik Deutschland zustehenden 24 Sitze im Ausschuß der Regionen liege bei der Bundesregierung, nicht beim Bundesrat.

Wer die regionale Ebene vertreten solle, sei nationaler Regelung überlassen. Der EG-Regionalausschuß sei nicht mit dem Bundesrat vergleichbar und auch (noch) nicht mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet. Seine Arbeit konzentriere sich auf Bereiche, für die der Landesgesetzgeber zuständig sei.

Vom Regionalausschuß erhoffe die EG sich einen Beitrag zum Abbau des beklagten Demokratiedefizits und zu mehr Bürgernähe. Dies, so wiederum das Landtagsgutachten, könne von Landesparlamentariern besser geleistet werden als von Regierungsvertretern. Europäische Entscheidungen bürgernäher zu gestalten und deren Zustandekommen transparent zu machen, sei Aufgabe des Parlaments.

Zur „Wende“ in Brüssel hinsichtlich der Verdeutlichung des Subsidiaritätsprinzips sei es, so erläuterte der Vertreter der Staatskanzlei im Unterausschuß, nicht zuletzt wegen der Ergebnisse der Volksbefragungen in Dänemark und Frankreich gekommen.

### Kultusministerium an Bund-Länder-Kommission: Modellversuch Schulstelle Dritte Welt/Eine Welt

*Der Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit sah nach dem Bericht des Kultusministeriums am 4. November über den Antrag des Ministeriums an die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung auf Durchführung eines Modellversuchs „Schulstelle Dritte Welt/Eine Welt“ beim NRW-Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest weiteren Beratungsbedarf und empfahl dem federführenden Schulausschuß, die Zielsetzung klarer erkennbar werden zu lassen. Vom Kultusministerium wurde der Modellversuch mit zunehmender Aktualität des Problembereichs begründet. Unter anderem führte es aus:*

Die bestehenden Abhängigkeits- und Gewaltverhältnisse in den Nord-Süd-Beziehungen sowie in den Ländern der Dritten Welt sollen in ihrer Veränderbarkeit verstanden werden. Fähigkeit und Bereitschaft sind zu fördern, Vorbehalte gegenüber anderen Gesellschaften und Kulturen abzubauen und deren Andersartigkeit zu erkennen; dabei sollen die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen als eine Möglichkeit (multi-)kultureller Bereicherung verstanden werden. Die je eigenen Mitwirkungs- und Einflußmöglichkeiten in diesen Zusammenhängen sollten von allen Schulbeteiligten herausgearbeitet und realisiert werden (Erlaß des KM NRW „Dritte Welt im Unterricht“, 20. Januar 1987).

Richtlinien, Lehrpläne, Fortbildungsangebote und Schulbücher unterstützen Lehrerinnen und Lehrer dabei, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Angesichts der weiter zunehmenden Aktualität und Relevanz dieses Problembereichs sowie der Anforderung an Lehrerinnen und Lehrer, auch über viele andere zentrale Schlüsselprobleme mit vergleichbarer Bedeutung (Krieg und Frieden, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Unterstützung und Entwicklung Osteuropas, Fremdenhaß und Rechtsextremismus etc.) zu unterrichten, kommt es darauf an, qualifizierte Experten und Institutionen bzw. Organisationen aus dem Arbeitsbereich von Dritter Welt und Entwicklungspolitik für die Zusammenarbeit mit der Schule zu gewinnen. Dadurch könnten Lehrerinnen und Lehrer über bereits vorliegende Kon-

zepte und Vorschläge hinaus Unterstützung durch authentisch erfahrene Experten erhalten sowie durch außerhalb der Schule entstandene Materialien für den Unterricht über Probleme der Dritten Welt.

Dazu bedarf es aber einer Einrichtung, die außerschulisches Expertenwissen, Erfahrungen und Materialien zur Dritte-Welt-Problematik systematisch dokumentiert sowie auf unterrichtliche Verwendungsmöglichkeiten hin prüft und ggf. auch konkret anbietet. Eine solche Einrichtung gibt es bisher nicht. Ohne eine institutionelle Absicherung der erforderlichen Dokumentations-, Prüf- und Bereitstellungsarbeiten können die im außerschulischen Raum vorliegenden Ressourcen aber nicht systematisch erfaßt und verfügbar gemacht werden. In dieser Situation wäre die Einrichtung einer „Schulstelle Dritte Welt/Eine Welt“ eine notwendige Maßnahme zur Sicherung dieser Unterstützung von Schule und Unterricht.

Die dramatische Beschleunigung von Verarmungs-, Verelendungs- und Zerfallsprozessen in Dritte-Welt-Ländern und die immer dringlichere Frage nach den Handlungskonsequenzen für die Industrieländer lassen es als zweifelhaft erscheinen, ob diese Problematik in der Schule mit herkömmlichen Unterrichtskonzepten hinreichend wirkungsvoll erarbeitet werden kann. Zu fragen ist, ob nicht ganz andere, problemspezifische didaktisch-methodische Konzepte eingesetzt werden müssen, um in diesem Bereich Schülerinnen und Schülern relevante Fähigkeiten und Bereitschaften zu vermitteln.

## JVA Essen wird von Beobachtern als „abbruchreif“ bezeichnet

*Schwerpunkthemen der Sitzung des Rechtsausschusses am 4. November waren der Einzelplan des Justizministers, die Situation im Strafvollzug sowie die geplante Änderung des Juristenausbildungsgesetzes.*

Bei Aufruf des Einzelplans 04 und des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1993 berichtete Ausschußvorsitzender Friedrich Schreiber (SPD) über ihm vorgetragene Sorgen und Wünsche verschiedener Verbände. So habe der Verband der Sozialarbeiter auf die mißliche Personalsituation der Bewährungshelfer und einige sächliche Ausstattungsmängel hingewiesen. Der Landesverband der Deutschen Steuer-Gewerkschaft habe die Einhaltung einer alten Regelung zur Gleichbehandlung der Beamten des gehobenen Dienstes der Finanzgerichte mit den Kollegen der Finanzverwaltung angemahnt. Die Rechtspflegervereinigung habe den Wunsch zur Umwandlung einiger Stellen der Besoldungsgruppe A 13 — gehobener Dienst — in solche des höheren Dienstes vorgetragen. Schreiber wies schließlich darauf hin, daß die im Haushaltsgesetz für das Jahr 1992 vorgesehene Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre für Stellen zur Beschleunigung des Asylverfahrens im Entwurf des Haushaltsgesetzes 1993 nicht mehr enthalten sei.

Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) trug für seine Fraktion vor, für bestimmte Bereiche im Einzelplan des Justizministers müßte die Stellenbesetzungssperre überhaupt rückgängig gemacht werden. Er denke unter anderem an den Strafvollzug, die Staatsanwaltschaften, die für Asylverfahren zuständigen Gerichte, wo — unter anderem durch Eintritt in den Ruhestand — frei gewordene Stellen schnellstens wiederbesetzt werden müßten. Es könnten nicht immer nur schlechte Verhältnisse, zu lange Asylverfahren und zu späte Anklageerhebungen beklagt werden, wenn nicht personelle Voraussetzungen für eine Verbesserung der Situation geschaffen würden.

Dr. Dieter Haak (SPD) vertrat die Meinung, bei Wegfall der Stellenbesetzungssperre müsse an anderer Stelle des Gesamthaushalts eingespart werden. Hinsichtlich der Personal- und Beförderungssituation im Bereich der Rechtspflege solle der Justizminister ein Gesamtkonzept vorlegen. Im Bereich der Bewährungshelfer hielt er es auch ohne Aufstockung der Sachmittel jederzeit für möglich, das Notwendige bereitzustellen.

Staatssekretär Dr. Röwer (Justizministerium) sagte zu, im sächlichen und personellen Bereich bei Engpässen im Einzelfall Lösungen zu finden. Ein Gesamtkonzept im Bereich der Rechtspflege habe der Finanzminister ohnehin für das Haushaltsjahr 1994 erbeten. Dies soll in Abstimmung mit dem Rechtsausschuß erarbeitet werden. Dr. Röwer sprach sich ferner für die Beibehaltung der Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre im Bereich der Asylverfahren



*Der japanische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Teruyoshi Inagawa (r.), hat im Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) empfangen worden. Foto: Schüler*

aus. Es mache keinen Sinn, zur Erlangung einer Ausnahmegenehmigung des Finanzministers als Einsparung den Wegfall einer Staatsanwaltschaft anzubieten, wenn dort damit die Folge noch späterer Anklageerhebung und damit längere Untersuchungshaft verbunden sei. Eine solche Ersatzlösung hielt auch der Ausschußvorsitzende für bedenklich, zumal bereits ein Sechstel aller Stellen im Justizbereich unbesetzt sei.

Das Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes war bis zur 2. Lesung bereits verabschiedet, dann aber an den Rechtsausschuß zurücküberwiesen worden. Es sieht die Einführung der „Freischußregelung“ für Jurastudenten sowie die Möglichkeit der Examenswiederholung zur Notenverbesserung vor. Im Rechtsausschuß war bis zur 2. Lesung allerdings nicht bekannt, daß der Bundestag im Entwurf eines Gesetzes zur Verkürzung der Juristenausbildung faktisch in letzter Minute eine Ergänzung zum Deutschen Richtergesetz beschlossen hatte. Diese sieht eine Prüfungswiederholung vor, die möglicherweise nicht in Einklang steht mit dem vom Rechtsausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen beschlossenen Regelungen. Der Ausschuß hat nunmehr den Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes um Vorlage einer rechtlichen Bewertung gebeten, die Ende November die abschließende Formulierung des nordrhein-westfälischen Juristenausbildungsgesetzes und Beschlußfassung ermöglichen soll. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde auch die Abstimmung über Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. vertagt, die ihr rechtspolitischer Sprecher Heinz Lanfermann bereits in Kenntnis der Bonner Beschlüsse vorgelegt hatte. Nach Abschluß der Beratungen geht der Rechtsausschuß davon aus, daß die 3. Lesung des Gesetzesentwurfs in der zweiten Dezemberwoche stattfinden kann.

Berichte der Sprecherin der Vollzugskommission des Rechtsausschusses, Marie-Luise Morawietz (SPD), über Besuche der Justizvollzugsanstalten Essen, Bonn, Krefeld und Heinsberg sowie ein — in vertraulicher Sitzung — gehaltener Vortrag von

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) über die Situation im Strafvollzug führten zu einer mehrstündigen Erörterung des Strafvollzugs.

Der von den Mitgliedern der Vollzugskommission bei ihren Besuchen in Vollzugsanstalten gewonnenen Eindrücke, daß die Situation sowohl für Gefangene als auch Bedienstete immer unträglicher werde, Frust bei den Bediensteten und Aggression bei den Gefangenen sowie die Furcht vor unliebsamen Zwischenfällen in vielen Anstalten steigen, wurde durch den Bericht des Justizministers voll bestätigt. Marie-Luise Morawietz beklagte, die Anstalten seien zu 30 Prozent überbelegt, der Ausländeranteil steige dramatisch, und über 20 Nationalitäten in einem Haus seien keine Seltenheit mehr, 50 Prozent und mehr der Insassen seien drogen- oder alkoholabhängig und der Personalbestand bewege sich an der unteren noch verantwortbaren Grenze und schiene der „neuen Klientel“ nicht ausreichend gewachsen. Durch die dauernden Überbelegungen sei die saubere Trennung von Untersuchungshäftlingen einzelner Nationalitäten und Gemeinschaftstätern nicht immer möglich. Außerdem würden sich von außen viele Bandenmitglieder kennen, ohne daß dies in der Vollzugsanstalt erkennbar werde.

In ihrem Bericht über verschiedene Vollzugsanstalten hob die Sprecherin der Vollzugskommission vor allem die in Essen festgestellten Mißstände hervor. Sie beklagte den im Hof des Männerhauses liegenden Unrat, die Überbelegung, die besorgniserregende Entwicklung des Personalbestandes und die rapide steigenden Zugänge von Untersuchungshäftlingen. Zusammenfassend meinte Morawietz, daß sich „die Situation in den nordrhein-westfälischen Gefängnissen dramatisch verschlechtert. Die Bediensteten täten, was sie könnten, fühlten sich durch die neuen Herausforderungen aber oft überfordert. Die neuen Klientel erfordere neue Konzepte, und die müssen rasch in die Tat umgesetzt werden, wenn man keine Unruhen riskieren wolle, wie sie

Fortsetzung Seite 18

## Bei Anzeige von Sexualdelikten sollte das Kindeswohl an erster Stelle stehen

*Zu Beginn seiner Sitzung am 29. Oktober 1992 beschäftigte sich der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie unter Leitung von Erich Heckelmann (SPD) auf Antrag der Vertreterin der Fraktion der F.D.P., Ruth Witelner-Koch, mit der „Nichtanzeige von Sexualdelikten (begangen an Kindern und Jugendlichen) durch Jugendämter“.*

Es bestünden keinerlei Zweifel, so der zuständige Abteilungsleiter im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), Ministerialdirigent Wolfram Schorn, daß Jugendämter alle geeigneten und gesetzlichen Maßnahmen rechtzeitig ergreifen müßten, um Kindern, deren Wohl durch sexuelle Gewalt gefährdet sei, wirksamen Schutz zuteil werden zu lassen. Es sei allerdings wissenschaftlich auch belegt, daß nicht immer strafrechtliche Sanktionen das geeignete Mittel zur Lösung des Problems darstellten, insbesondere dann nicht, wenn Familienkonflikte die Ursache seien. Im übrigen seien der Befugnis zur Offenbarung personenbezogener Daten, die bei der Jugendhilfe bekanntgeworden sind, äußerst enge Grenzen gesetzt. Gleichermaßen seien die Erkenntnisse als Sozialgeheimnisse zu wahren, solange kein gesetzlicher Offenbarungstatbestand nach § 73 Nr. 1 SGB X (Durchführung eines Strafverfahrens bei Vorliegen besonders erschwerender Tatmerkmale, wie zum Beispiel Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, schwere Körperverletzung oder Todesfolge) vorliege. Eine Weitergabe der Daten beziehungsweise die Strafanzeige durch Jugendämter sei dann zulässig, wenn sich die aus dem KJHG ergebenden Aufgaben, das Kind vor Gefahren zu schützen und für sein Wohl zu sorgen, nicht durch andere Maßnahmen erreicht werden könne. Eine Verpflichtung der Jugendämter zur Anzeige bestehe also nicht; vielmehr sei

ihnen die Entscheidung in jedem Einzelfall überlassen.

Die Ausschußmitglieder vertraten einvernehmlich die Auffassung, daß bei jeder Entscheidung das Kindeswohl an erster Stelle stehen müsse. Anzeigen, insbesondere gegen den Willen der Betroffenen, seien nicht in allen Fällen hilfreich; aber auch öffentliche Diskussionen und populistische Berichterstattungen in der Presse würden wenig zur Problemlösung beitragen. Der Ausschuß maß dem Thema eine hohe Bedeutung bei und vereinbarte eine weitere Beratung, etwa im Hinblick auf die Frage, wie die Rahmenbedingungen für die „vor Ort“ tätigen Kräfte verbessert werden können.

Auf Antrag der CDU-Fraktion befaßte sich der Ausschuß schließlich mit der in der Praxis unterschiedlich gehandhabten Anrechnung von Kindergeld oder Erziehungsgeld bei der Berechnung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen. Ministerialdirigent Schorn erläuterte dazu, daß die Landesregierung den Kommunen nur ihre Rechtsauffassung mitteilen, aber keine rechtsverbindlichen Anweisungen geben könne; das MAGS sei allerdings auch nicht glücklich darüber, daß die kommunalen Spitzenverbände ihren Mitgliedern entgegen der bisher praktizierten Rechnungsmethode empfohlen habe, das Kindergeld dem Einkommen hinzuzurechnen und das Erziehungsgeld nicht mehr anzurechnen; Grundlage für diese Empfehlung sei ein Gutachten gewesen. Die Landesregierung habe zur Klärung dieser Frage ebenfalls ein Gutachten in Auftrag gegeben, das in Kürze vorliegen werde. Danach werde die Landesregierung versuchen, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zu einer landeseinheitlichen Handhabung zu kommen. Auf der Tagesordnung standen ferner die

Anträge zu Gewalt von/an Kindern: Gewalt gegen Kinder verhindern (Antrag der Fraktion der SPD, Drs. 11/4292, und Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Drs. 11/4375), Reduzierung und Bekämpfung von Gewalt im Fernsehen (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 11/4374) und Kinder rüsten auf – Gewalt an Schulen wird zum Problem (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 11/4380). Hierzu hat der Ausschuß die Durchführung einer Anhörung Anfang nächsten Jahres beschlossen.

Die ebenfalls in dieser Sitzung durchgeführte detaillierte Haushaltsberatung wird in der nächsten Sitzung am 26. November auf der Grundlage der Änderungsanträge der Fraktionen fortgesetzt.

## JVA Essen...

Fortsetzung von Seite 17

im Sommer aus französischen Gefängnissen bekanntgeworden sind. Die Lage ist ernst!“, schloß die Sprecherin der Vollzugskommission. Bekräftigt wurden ihre Aussagen nicht nur durch die übrigen Mitglieder der Vollzugskommission, sondern auch durch einen Vertreter des Landesrechnungshofs, der den Gesamtzustand der JVA Essen als dramatisch, ihren baulichen Zustand mit „abbruchreif“ und die hygienischen Verhältnisse als besorgniserregend kennzeichnete.

Den seit 20 Jahren geplanten Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Gelsenkirchen hielt Egbert Reinhard (SPD) längst für überfällig. Hier sollte sofort mit dem Bau begonnen werden, statt in Essen noch Millionen in die Sanierung zu investieren und dieses Geld „zum Fenster hinauszuerwerfen“. „In Essen ist nichts mehr zu retten“, so Egbert Reinhard. Die jetzige Situation in Essen ist auch nach Meinung der CDU-Abgeordneten Marlies Robels-Fröhlich und Helmut Diegel nicht mehr verantwortbar. Die Sanierung in Essen könne dennoch nicht länger hinausgeschoben werden, zumal bis zur Fertigstellung des Neubaus noch sieben bis zehn Jahre vergehen dürften. Diegel forderte den Justizminister auf, darüber zu berichten, wie die Notstandsspitzen sofort abzubauen wären, mit welchen Möglichkeiten ein Neubau schneller errichtet werden könnte und ob durch Umwidmungen oder sonstige Maßnahmen eine Entlastung für Essen erreicht werden könnte. Roland Appel (DIE GRÜNEN) fügte hinzu, es sei vorab zu überlegen, ob nicht ein großer Teil der Insassen gnadenwürdig erscheine und frühzeitig entlassen werden könne.

Marita Rauterkus (SPD) wünschte sowohl eine beschleunigte Sanierung in Essen als auch eine Verwirklichung des Neubauvorhabens in drei Jahren, dies sei mit gutem Willen möglich, hierfür gebe es auf kommunaler Ebene viele Beispiele. Rechtspolitische Überlegungen zur Entspannung der Belegungssituation kündigte auch Haak für seine Fraktion an. In Essen sei schnelles Handeln geboten. Bei verschärfter Sicherheitssituation würden neue Überlegungen erforderlich, eine notwendige Baumaßnahme vorzuziehen, und ob andere Lösungen – zum Beispiel den Umbau von leerstehenden Kasernen – gefunden werden können. Einmütig beauftragte der Ausschuß den Justizminister, zur nächsten Sitzung ein Sanierungskonzept für die Vollzugsanstalt Essen und bis Anfang des kommenden Jahres ein überarbeitetes „Vollzugskonzept 2000“ vorzulegen.



*Eine Frauendelegation von „Local Authorities“ des Israelischen Städte- und Gemeindebundes hat den Landtag besucht und ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (zweite Reihe Mitte) empfangen worden. An der Zusammenkunft nahm auch die Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik, Marie-Luise Morawietz (SPD, 2. v.r.) teil.*

Foto: Schüler

## Pressedokumentation im NRW-Landtag — eine gefragte Dienstleistung

### Am PC die ganze Breite politischer Kommunikation

*Parlamentarische Arbeit kann ohne fundierte und aktuelle Information nicht verantwortbar durchgeführt werden. Dieser Informationsbedarf betrifft zunächst die eigene parlamentarische Arbeit sowie das parlamentarische Geschehen im Bund und den anderen Ländern. Nicht weniger wichtig aber sind Fach- und Sachwissen, Erfahrungsberichte und Problemlösungsansätze sowie die Meinungsbildung zu Themen der politisch-parlamentarischen Diskussion in der Öffentlichkeit und in den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. Diese schlägt sich vorwiegend in Pressebeiträgen, Pressemitteilungen und Stellungnahmen der gesellschaftlichen Gruppierungen nieder. Auch unter dem Gesichtspunkt von Aktualität und schneller Aneignung kommt Presseinformation ein hoher Stellenwert für die parlamentarische Arbeit zu. Eine sachkundig vorgenommene Auswahl von Presseartikeln gestattet besser und schneller als jedes andere Medium, sich über den aktuellen Diskussionsstand zu einem politischen Thema zu informieren. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Pressedokumentation eine unverzichtbare Ergänzung parlamentartypischer Dokumentationsbereiche (Landtagsdokumentation, Parlamentspiegel, Gesetzesdokumentation, Abgeordnetendatenbank etc.) sowie der Literaturdokumentation der Landtagsbibliothek.*

Im Laufe der 80er Jahre waren mit der Landtagsdokumentation, dem Parlamentsspiegel und der Literaturdokumentation zentrale Bereiche des Referates „Informationsdienste“ zu einem nach abgestimmten dokumentarischen Regeln und mit EDV-gestützten Verfahren betriebenen Informationssystem entwickelt worden. Als letzter Stein in diesem Informationssystem fehlte eine den Bedürfnissen der parlamentarischen Arbeit entsprechende Pressedokumentation. Unter Nutzung der bereits vorhandenen technischen Infrastruktur sowie unter Einbeziehung voraufgehender Erfahrungen und bereits entwickelter Instrumentarien wurde 1989 das bisherige Pressearchiv als eine nach dokumentarischen Regeln gestaltete Datenbank weitergeführt.

In dieser Pressedatenbank werden die Beiträge der täglichen Presseschauausgaben, ausgewählte Beiträge der überregionalen Presse und der Wochenzeitungen sowie Pressemitteilungen und Stellungnahmen von Parteien und Verbänden geführt. Täglich werden zwischen 140 und 180 Beiträge bearbeitet und erfaßt. Insgesamt sind seit den 1. Januar 1989 über 90 000 Beiträge nachgewiesen. Die Presseauschnitte zu den Nachweisen auf dieser Datenbank werden auf optischen Platten geführt und können im Verlauf der Datenbanksuche von dort aufgerufen oder ausgedruckt werden.

Gegenüber dem Presseauschnittarchiv bietet die EDV-gestützte Pressedokumentation vor allem den Vorteil, daß nun nicht mehr nur an einer Stelle gesucht werden kann, z.B. „Pflegeversicherung“ oder

„Blüm“, sondern daß in einen Frageschritt viele Aspekte einbezogen werden können, z.B. Aussagen von „Blüm“ zur „Pflegeversicherung“ aus dem „Jahr 1992“ aber nur in „Interviews“. Auf diese Weise ist nicht nur eine ungleich gezieltere, sondern auch eine schnellere Suche nach einschlägigen Pressebeiträgen möglich. Dabei kann nach Sachthemen, Personen, Autoren, Institutionen, Regionen und Ortsnamen, Dokumenttypen und Publikationsorganen gesucht werden.

Im Unterschied zum Pressearchiv ist die Datenbank nicht nur an einem Ort (nämlich im Archiv), vermittelt durch den Archivar, nutzbar. Unabhängig von Büroarbeitszeiten und ohne Inanspruchnahme eines Informationsvermittlers können Abgeordnete und Fraktionsmitarbeiter grundsätzlich auf dem büroeigenen PC die Pressedatenbank befragen und die nachgewiesenen Presseartikel auf dem Drucker der fraktionseigenen MEGADOC-Ausgabestation aus dem optischen Speichersystem ausdrucken lassen.

In einer weiteren Perspektive wird die Nutzung der Datenbanken auf dem PC in Wahlkreisbüros bei anschließender Übermittlung der Texte über eine Faxleitung aus dem optischen Speichersystem möglich sein.

Zum Umgang mit dem Datenbanksystem und zur erfolgreichen Nutzung der Datenbestände werden durch die Landtagsverwaltung Schulungsveranstaltungen für Abgeordnete und Mitarbeiter durchgeführt. Eine dieser Tage fertiggestellte und ab 1999 einsetzbare benutzerfreundliche Bedienoberfläche wird den Umgang mit der Pressedatenbank nochmals deutlich erleichtern und handlicher machen. In der Abfrage können ohne Kenntnis von Systemstellen und Schlüsselstellen durchgehend Begriffe der politischen Alltags- und Umgangssprache verwendet werden.

Die Einbeziehung der Presseinformationen in das Dienstleistungsangebot des Referates „Informationsdienste“ ist ein entscheidender Beitrag zu einem abgerundeten und wirkungsvollen Informationsangebot zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit am nordrhein-westfälischen Landtag. 12–15 Anfragen am Tag sind die Regel, aber auch die Grenze dessen, was in dem bescheidenen Rahmen bearbeitet werden kann.

Die im Anschluß an erste Informationsangebote aus dem Pressebereich gewonnene Annahme eines ausgeprägten Bedarfs an Presseinformationen für die parlamentarische Arbeit hat sich im Zuge der Einrichtung und des Ausbaus der Pressedokumentation in vollem Umfang bestätigt. Inzwischen ist die Pressedokumentation ein unverzichtbarer Bestandteil des Dienstleistungsangebotes aus der Abteilung III (Presse- und Informationsdienste) im nordrhein-westfälischen Landtag.

Dr. Alois Vogel

### Kulturelle Bedeutung

Das Kloster/Schloß Bentlage habe besondere kulturelle Bedeutung. Es werde deshalb eine Nutzung angestrebt, die Schwerpunkte im musealen, kreativen und repräsentativen Bereich setze. Das Land habe für die Restaurierung des Kulturdenkmals Kloster/Schloß Bentlage bereits jetzt hohe Beträge investiert, die sich auf insgesamt über drei Millionen Mark belaufen. Nach den Beratungen zum Stadterneuerungsprogramm 1993 sei eine weitere Förderung von jährlich 1,5 Millionen Mark vorgesehen. Das teilt das Umweltministerium auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Reinhold Hemker mit (Drs. 11/4545).



Unter der Leitung von Alberto Sithole, erster Sekretär der Frelimo-Regierungspartei (M.), hat eine fünfköpfige Delegation aus Mosambik auf Vermittlung der Friedrich-Ebert-Stiftung den Landtag besucht und ist vom SPD-Abgeordneten Bodo Hombach (2.v.r.) empfangen worden. Es ist die 25. ausländische Delegation aus vielen Ländern der Erde, die in drei Jahren mit Bodo Hombach Kontakt aufgenommen hat. Dabei ging es immer — sehr häufig über Parteigrenzen hinweg — um die Themen „Parteiorganisation“, „Wahlkampf“ und „Sozialforschung“. Die nächste Delegation, die Hombach kontaktieren will, ist eine Abordnung des südafrikanischen ANC unter Cyrill Ramaphosa, den zweiten Mann hinter Mandela, anlässlich eines Staatsbesuchs in Bonn.

Foto: Schüler



Volker Krieg, bisher Abteilungsleiter „Parlament“ und stellvertretender Landtagsdirektor im nordrhein-westfälischen Landtag, ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) verabschiedet worden. Krieg übernimmt das Amt des Landtagsdirektors beim sächsischen Landtag in Dresden. Foto: Schüller

## Dioxine und Furane werden zerstört

In Nordrhein-Westfalen sind nach Angaben des Umweltministeriums vier Typen von Anlagen zur Behandlung von Rückständen aus Müllverbrennungsanlagen installiert oder geplant. Auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Dr. Annemarie Schrapns nennt das Ministerium die Hagenmaier-Trommel, eingesetzt an der Müllverbrennungsanlage Bonn, mit der in thermischer Behandlung bei 400 bis 600°C unter Luftabschluß die Zerstörung von Dioxinen und Furanen erreicht wird, ferner die Alinitzement-Herstellung, geplant am Standort der MVA Hagen, bei der Alinitzement unter Einsatz von MVA-Stäuben in einem Drehrohr hergestellt wird, sowie die Verglasung, geplant für das RZR Herten und die Müllverbrennungsanlage Krefeld, bei der Filterstäube bei 1300 bis 1600°C eingeschmolzen und zu einer glasartigen, inerten Masse abgekühlt werden. Als viertes wird das 3R-Verfahren genannt, das im Rahmen eines Versuchs bei der MVA Oberhausen erprobt wird. Hierbei werden Schwermetalle aus den Filterstäuben mit saurem Waschwasser ausgewaschen. Anschließend erfolgt Pelletierung und Zerstörung von Dioxinen und Furanen durch thermische Behandlung (Drs. 11/4441).

## Sonntags keine Autowäsche

Der Betrieb von Autowaschanlagen fällt nicht unter einen Ausnahmetatbestand, der Arbeiten an Sonn- und Feiertagen erlaubt, die der Erholung und Freizeitgestaltung dienen. Dies antwortete das Innenministerium auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), in der es geheißen hatte, 44 Prozent der Autobesitzer wuschen ihr Fahrzeug am Sonntag. Unter Hinweis auf den besonderen Schutz von Sonn- und Feiertagen (Art. 140 GG) lehnt die Landesregierung es ab, den Betrieb gewerblicher Waschanlagen an solchen Tagen zu gestatten (Drs. 11/4186).

★

## Euregio-Austausch

Grundsätzlich besteht nach Angaben des Kultusministeriums die Möglichkeit des Austausches von Lehrerinnen und Lehrern zur Absolvierung von Praktika im Euregiogebiet. Zur Zeit sind fünf belgische und fünf deutsche Schulen an einem Austauschprogramm beteiligt. Mit den Niederlanden fand 1992 wegen fehlender Nachfrage kein Austausch statt. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Andreas Reichel hervor (Drs. 11/4489).

## FCL schied bei Hallenturnier aus

Sang- und klanglos schied der FCL bereits nach der Vorrunde beim Hallenturnier des Bühnen-Sport-Clubs 1961 Köln aus. Besonders enttäuschend war, daß er keinen einzigen Treffer landen konnte. Hielt die Mannschaft gegen die Lotto-Truppe wenigstens noch ein 0:0, mußte sie im 2. Spiel durch den BSC eine böse Schlappe hinnehmen. Der FCL fand keine Einstellung gegen den Gegner, wurde hin- und hergehetzt und gnadenlos ausgespielt. Die ansonsten durchaus

erfolgreiche unorthodoxe Spielweise, eher einem Haufen freilaufender Hühner als einer geordneten Mannschaftsformation gleichend, ging diesmal gründlich daneben. Da konnte auch der wieder hervorragende Torhüter René Markgraf nichts ausrichten. Sechsmal mußte er hinter sich greifen. Eine bittere Lektion für die Fußballparlamentarier, die um so mehr darauf hoffen, daß sie noch in diesem Jahr eine Gelegenheit erhalten, die Scharte auszuwetzen.

## Ausschußsitzungen

Die 21 Ausschüsse des Landtags Nordrhein-Westfalen tagen in der Regel in einem festen Turnus. Der normale Wochenplan sieht so aus:

### Montag

Sportausschuß; Petitionsausschuß

### Dienstag

Ausschuß für Haushaltskontrolle; Petitionsausschuß

### Mittwoch

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge; Ausschluß für Schule und Weiterbildung; Ausschluß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie; Ausschluß für Umweltschutz und Raumordnung; Rechtsausschuß; Ausschluß für Kommunalpolitik; Ausschluß für Städtebau und Wohnungswesen; Kulturausschuß

### Donnerstag

Haushalts- und Finanzausschuß; Ausschluß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz; Hauptausschuß; Ausschluß für Innere Verwaltung; Ausschluß für Wissenschaft und Forschung; Ausschluß für Kinder, Jugend und Familie; Verkehrsausschuß

### Freitag

Ausschuß für Grubensicherheit; Ausschluß für Frauenpolitik; Ausschluß „Mensch und Technik“

## Aufsichtsratsmandate...

Fortsetzung von Seite 7

**Jürgen Jentsch** (SPD) unterstrich, gerade die CDU, wo es besonders eifrige Mandats-sammler gebe, die in so vielen Aufsichtsräten säßen, „wie wir Finger an den Händen haben“, sollte sich über diesen Bereich nicht so aufregen: Man rede hier auch nicht von Interessenkollisionen, und man rede auch nicht vom Filz. Aber so sei es nun einmal in der Politik: Einfach mit dem Finger auf andere zeigen!

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, sagte: „Wir wollen die Umkehr der Beweislast.“ Herr Clement sage immer, wer Minister nicht im Aufsichtsrat haben wolle, müsse das begründen. Das sei für staatliche Unternehmen sicherlich richtig. Wer aber Minister in Aufsichtsräten von Privatunternehmen wolle, der müsse sagen warum, der stehe in der Beweislast, der müsse das begründen.

**Hartmut Schauerte** (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, erklärte, die CDU denke über diese Frage seit zwei Jahren neu nach. Es sei in der Demokratie ein absolut zuverlässiger, und in vielen Bereichen nötiger Prozeß, „daß wir unsere Positionen überdenken. Die CDU habe dieses Problem auch nicht neu erfunden, sondern man artikuliere eine Sorge, eine zunehmende Sensibilität in der Bevölkerung, daß solche Dinge sauberer voneinander getrennt würden.“

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) erwiderte, es sei nichts dagegen zu sagen, wenn eine politische Partei oder Fraktion ihre Position überprüfe. Der Punkt sei nur: Wenn man eine jahrzehntelange Position habe — in diesem Falle eine gemeinsame Position — und sich dann aus dieser Position verabschiede, dann müsse man es offen und nicht mit Vorwürfen gegen den tun, der sich an die Tradition halte.

## Mit Horaz

Die Datierung der Hermannsschlacht hat den CDU-Landtagsabgeordneten Heinz Paus zu einer Kleinen Anfrage veranlaßt. Paus schreibt darin, um den Ort der Hermannsschlacht/Varusschlacht gebe es seit langem eine sehr engagierte wissenschaftliche Diskussion. Es würden mehr als 30 verschiedene mögliche Schlachtorte in der Literatur genannt. Das Datum dieser Schlacht sei bislang nicht strittig gewesen. Jetzt sei in dem Programm des Nordrhein-Westfalen-Festes, das vom 28. bis 30. August 1992 in Detmold von der Landesregierung mitgestaltet worden sei, zu lesen, daß diese Schlacht im 9. Jahrhundert nach Christi Geburt stattgefunden habe. Der Abgeordnete fragt deshalb die Landesregierung, auf welche neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse diese sich bei dieser Datierung der Hermannsschlacht stütze. Die Antwort aus dem Büro des Ministerpräsidenten (Drs. 11/4515) vom 12. Oktober 1992: „Auf keine. Allerdings ist die Erkenntnis eine uralte, daß aller technischer Fort-

schritt nicht ausreicht, menschliches Versagen vollends auszuschließen. Der Druckfehler im Programmheft des NRW-Festes ist dafür nur ein weiteres Beispiel. Mit Horaz, einem Zeitgenossen des Varus, könnte man dem Fragesteller auch antworten: Aut prodesse volunt, aut delectare poetae.“

## Nutzen oder Freude

Soweit die Antwort! Für diejenigen Leserinnen und Leser, die des Lateinischen nicht mächtig sind, hier die Übersetzung: „Entweder Nutzen bringen oder Freude bereiten, wollen die Dichter.“ Der Sinnspruch aus der Ars Poetica geht noch weiter. Da heißt es im Original „aut simul et iucunda et idonea dicere vitae“. Zu deutsch: „Oder zugleich sowohl Vergnügliches als auch fürs Leben Brauchbares sagen.“ Der Cheruskerfürst Arminius besiegte übrigens im Jahr 9 nach Christus die römischen Legionen unter Varus im Teutoburger Wald.



Norbert Burger (SPD)

## Norbert Burger wird 60

Der SPD-Abgeordnete und Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger begeht am 24. November 1992 seinen sechzigsten Geburtstag. Burger stammt aus Köln. Er studierte nach dem Abitur 1953 in seiner Heimatstadt Rechtswissenschaften, legte 1961 die zweite juristische Staatsprüfung ab und war von 1963 bis 1973 Beamter der Stadt Köln, zuletzt Beigeordneter für Jugend und Soziales. Von 1974 bis 1983 arbeitete er als Abteilungsleiter im Range eines Ministerialdirektors im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ab 1983 war er als Rechtsanwalt und in verschiedenen Aufsichtsräten als Vorsitzender tätig. Ferner hatte er den Vorsitz in den Kuratorien der Universität und der Fachhochschule Köln inne. Burger, Mitglied der SPD seit 1957, gehörte von 1968 bis 1987 dem Unterbezirksvorstand Köln sowie von 1985 bis 1987 dem Bezirksvorstand Mittelrhein seiner Partei an. Seit 1975 ist er Mitglied des Rates der Stadt Köln und seit 1980 Oberbürgermeister. Ferner amtiert er als Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages und des Vorstandes Städtetag Nordrhein-Westfalen. Norbert Burger gehört seit Mai 1985 dem Landtag an. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.



**Ungarische Verwaltungsbeamte**, die sich auf Einladung des Westdeutschen Handwerkskammertages in Nordrhein-Westfalen aufhielten, sind im Landesparlament von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (3. v.r.) empfangen worden. Die Gäste, die zur Zeit in ihrer Heimat eine Regional- und Bezirksverwaltung nach deutschem Vorbild einrichten, überreichten als Gastgeschenk ein Stück Originalstacheldraht, ein Stück des von den Ungarn als erste beseitigten Eisernen Vorhangs. Das Stacheldrahtpräsent soll als Symbol des Friedens dienen. Das erste Stück einer auf 10 000 Exemplare limitierten Auflage hatte im vergangenen Jahr der amerikanische Präsident George Bush erhalten.

## Funktionsgutachten...

Fortsetzung von Seite 12

im Plenum am gleichen Tage zu führen, an dem auch über den Einzelplan des Innenministers in zweiter Lesung entschieden werde. Frechen erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und wies darauf hin, daß mit der Umsetzung bereits begonnen wurde und die Umrechnung der weiteren vorgesehenen Verfahrensweise bis Ende der Legislaturperiode mit Blick auf das Jahr 2000 bedeuten würde, daß sich bis dahin in Nordrhein-Westfalen 60 Prozent der betroffenen Bediensteten im gehobenen Dienst befänden. Während Paus die Abstimmung über den CDU-Antrag verlangte und Lichtenberg die Argumentation des Sprechers der SPD-Fraktion als „unseriös“ bezeich-

nete, mahnten F.D.P. und die Grünen zur Vorsicht, vor allem dürfe nicht gleichzeitig ständig Personalvermehrung gefordert werden. Die Mitglieder der Fraktionen der SPD, der F.D.P. und DIE GRÜNEN folgten dem Kompromißvorschlag des Ausschußvorsitzenden Egbert Reinhard und vertagten die Abstimmung über den CDU-Antrag. Hinsichtlich des Zweiten Gesetzentwurfs zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes, das lediglich die Verlängerung der Amtsperiode der Personalräte auf vier Jahre vorsieht, verwies der Ausschußvorsitzende auf Gespräche mit Verbandsvertretern, die mit dem Gesetzesziel keineswegs einverstanden seien. Er erge deshalb die Durchführung eines Sachverständigengesprächs mit Vertretern der Beamtengewerkschaften Anfang nächsten Jahres an. Darüber hinaus sei zu

überlegen, ob es nicht überhaupt sinnvoll erscheine, die vorgesehene Änderung mit den weiteren Überlegungen zu koppeln, die zu einem Dritten Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes im Sommer des nächsten Jahres führen sollten. In der weiteren Beratung der Fraktion DIE GRÜNEN zur Entschädigung und Versorgung der Verfolgten des Nationalsozialismus wird der von der Landesregierung bekundete Wille zur Errichtung eines Landeshärtetfonds eine wesentliche Rolle spielen. Der Ausschuß möchte unverzüglich über die Einzelheiten zur Errichtung dieses Fonds und die Vergabekriterien informiert werden, um sich ein deutlicheres Bild über den betroffenen Personenkreis und den Umfang möglicher Entschädigungs- und Versorgungsregelungen machen zu können.

## SPD-Fraktion

### Strikter Sparkurs, um die Schwerpunkte zu sichern

Die SPD-Fraktion im Landtag will bis zum Ende der Legislaturperiode einen strikten Sparkurs fahren. Bis 1995 soll es kein einziges neues Gesetz geben, das Land und Gemeinden finanziell belastet. Bis auf lediglich drei Ausnahmen für die Landtagsverwaltung wird es für das nächste Haushaltsjahr keine zusätzlichen Stellen geben. „Zusätzliche Personalstellen kann es nur noch dann geben, wenn dafür zwingende Gründe vorlie-

gen. Aber dann müssen sie finanziell erwirtschaftet werden, durch Kürzungen an anderer Stelle“, erklärte Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedhelm Farthmann den Grundsatzbeschluss seiner Fraktion zum Haushaltsjahr 1993.

Der Ausbau des Kindertagesstättenangebotes, die Förderung des Wohnungsbaus und die Stärkung der Altenpolitik verlangen höchste haushaltspolitische Anstrengungen. Mit dieser Feststellung unterstrich die Mehrheitsfraktion ihren festen Willen, an den beschlossenen Schwerpunkten festzuhalten, zu denen auch die Sicherung des sozial verträglichen Strukturwandels gehört. Erwirtschaftet werden sollen die dafür notwendigen Mittel durch Einsparungen an anderer Stelle. Außerdem gilt für die Fraktion

der Grundsatz: „Bei den Bauausgaben wird der Sanierung und Bauunterhaltung Vorrang vor Neubaumaßnahmen gegeben.“

„Wir reden nicht wie der Bundeskanzler von der Stunde der Wahrheit; wir machen eine offene und ehrliche Rechnung auf“, erklärte Fraktionschef Farthmann. Die Bürger müssten klipp und klar erkennen, was jetzt auf uns alle zukomme. Die SPD-Fraktion im Landtag sei jedenfalls nicht bereit, mit geschönten Zahlen die Situation zu verharmlosen. Farthmann: „Wir setzen Schwerpunkte, und am Ende kann jeder erkennen, daß es sich gelohnt hat, dafür in anderen Bereichen so sparsam wie möglich zu wirtschaften.“ Dabei könne jeder sicher sein, daß trotz aller Sparsamkeit die gerechte Verteilung der Lasten bei den Sozialdemokraten an oberster Stelle stehe.

## CDU-Fraktion

### Personalaufstockung-Sparversprechen leere Worthülsen

Entgegen ihren vollmundigen öffentlichen Beteuerungen wollen Landesregierung und Landtagsverwaltung ihren Personalbestand auch im nächsten Jahr deutlich aufstocken. So sollen in den Ministerien zusätzlich 48 neue Stellen geschaffen werden, in der Landtagsverwaltung acht. „Damit entlarven sich die vollmundigen Sparbeteuerungen des Finanzministers als leere Worthülsen“, kritisierte der Vorsitzende des Landtags-Unterausschusses Personal, der CDU-Abgeordnete Peter Bensmann.

„Die klammheimliche Aufblähung der Ministerialbürokratie kaschiert der Finanzminister, indem er

keine echten neuen Stellen ausweist, sondern im wesentlichen durch Versetzungen aus nachgeordneten Behörden in die Ministerien und den Wegfall von kw-Vermerken den Beamtenapparat der Landesregierung weiter ausweitet. Die nachgeordnete Verwaltung wird dabei ungehemmt als Steinbruch für die Landesregierung benutzt“, so Bensmann. Dies alles geschehe vor dem Hintergrund einer exzessiven Ausweitung des Stellenbestandes in den Ministerien in den letzten zehn Jahren. Im Zeitraum von 1981 bis 1991 habe sich der Stellenbestand in den Ministerien von 4 282 Stellen um 330 Stellen auf 4 612 Stellen erhöht. Auf der Ebene der Gruppenleiter bis hinunter zum Sachbearbeiter sei in diesem Zeitraum eine Stellenerhöhung von fast 17 Prozent zu verzeichnen gewesen. Allein für das neue Gleichstellungsministerium und das neue Bauministerium seien zusätzlich 127 neue Stellen eingerichtet worden. Dabei habe sich der Stellenbestand des Gleichstellungsministeriums von 18 auf 54 um 200 Prozent erhöht.

„Das Bauministerium wird für seine Überflüssigkeit auch noch mit 32 Beförderungen belohnt. Auch im Umfeld des Ministerpräsidenten läßt es sich anscheinend gut leben. Neben neun zusätzlichen Stellen sind hier 23 Beförderungen vorgesehen“, erklärte Bensmann.

Die Landtagspräsidentin und ihr Direktor stünden der Landesregierung aber in nichts nach. Sie selbst hätten unter den acht neu zu bewilligenden Stellen so sinnvolle Tätigkeiten wie die eines „Kopierer-Beauftragten“ ausgewiesen, der keine andere Aufgabe habe, als in mehrstündigen Rundgängen zu prüfen, ob die Kopierer auch ausreichend mit Papier bestückt seien. Bensmann: „Zu allem Überflüss gibt es jetzt auch noch Streit zwischen dem Finanzminister und der Landtagspräsidentin, die sich gegenseitig den geplanten Stellenzuwachs neiden. Ich möchte einen Vorschlag zur Beilegung des Genossenstreites machen: weder neue Stellen in den Ministerien noch in der Landtagsverwaltung.“

## F.D.P.-Fraktion

### Zuviel Parteieneinfluß in den elektronischen Medien

Die F.D.P.-Landtagsfraktion unternimmt den Versuch, den Parteieneinfluß auf die Rundfunksender in NRW zurückzuschrauben. In einem Landtagsantrag fordert die F.D.P. eine Kommission zur Stärkung der Unabhängigkeit der elektronischen Medien.

In der Begründung heißt es: In den letzten Jahren hat der Einfluß der Parteien und der Parlamente auf die elektronischen Medien erheblich zugenommen. Dies ist einmal ablesbar an den Vertretern der Parteien in

den Aufsichtsgremien wie WDR-Rundfunkrat, Landesrundfunkkommission, ZDF-Verwaltungsrat, aber auch in der Personalpolitik in den Medienanstalten, traditionell beim WDR, fortgesetzt beim Aufbau der Landesrundfunkanstalt und zuletzt bei der Lizenzerteilung für den neuen Fernsehsender VOX. Dies ist eine Entwicklung, die leider Gottes nicht auf Nordrhein-Westfalen beschränkt ist, sondern ein bundesweites Phänomen darstellt. Dennoch hält es die F.D.P. für erforderlich, daß der Landtag selbst in seiner Zuständigkeit ein Signal zur Trendwende setzt, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Diese Trendwende hält die F.D.P.-Landtagsfraktion um so notwendiger, da die Medien insgesamt, elektronische wie Print-Medien, de facto die kontrollierte Gewalt innerhalb einer Demokratie sind und in einer Gewaltenteilung

teilung die Unabhängigkeit der Gewalten konstituierend sei. Unabhängigkeit und Parteieneinfluß widersprächen sich. Erst die Unabhängigkeit ermögliche die notwendige Kontrollfunktion der Medien. Dieses kritische Potential der Medien gelte es zu stärken.

Vertreter der Regierung, der Medien und des Parlamentes sollen sich in einer Kommission zur Stärkung der Unabhängigkeit der elektronischen Medien zusammensetzen mit dem Ziel, praktische Vorschläge zu erarbeiten, den Parteieneinfluß zurückzubauen und Vorkehrungen gegen zukünftige Einflüsse zu treffen. Auch soll die Kommission vorschlagen, welche Konsequenzen freiwilliger oder auch gesetzgeberischer Art zu ziehen seien.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Frust für Energiesparer

Ein Zulassungsstopp für Anträge auf Förderung rationeller Energienutzung bedeutet nach Auffassung der Grünen einen neuen Rückschlag im Kampf gegen die Klimakatastrophe. Diese Konsequenz hat der vom Landesoberbergamt mit sofortiger Wirkung verfügte Annahmestopp für neue Anträge auf Förderung rationeller Energienutzung. Diese Maßnahme geht auf eine Anordnung von Wirtschaftsminister Einert zurück. Manfred Busch, energiepolitischer Sprecher der Grü-

nen, erklärte dazu: „Das ist ein energiepolitischer Offenbarungseid! Die Landesregierung frustriert umweltbewußte Antragsteller, und der Kampf gegen die Klimakatastrophe erleidet einen erneuten Rückschlag.“

Ein Stau von über 8 000 Förderanträgen beim Landesoberbergamt in Dortmund hat die Landesregierung offenbar zu diesem Schritt veranlaßt. Statt sich darüber zu freuen und den Antragstellern entgegenzukommen, wird erst einmal alles auf die lange Bank geschoben. Erst im Laufe des Jahres 1993 soll ein neues Förderkonzept erarbeitet werden. Die muß in eine Richtlinie umgesetzt werden, nur so ist die Voraussetzung zur Wiederaufnahme der Förderung gegeben. Bis dahin beschränkt man sich auf die Abarbeitung von Altanträgen.

Im Bereich „Rationelle Energienutzung“

arbeitet die Landesregierung schon seit Jahren nach dem Prinzip der partiell beleuchteten Bühne: Mit großem Werbeaufwand werden einzelne Elemente in den Mittelpunkt gerückt, während gleichzeitige Negativentwicklungen unbeachtet bleiben. So hat die Landesregierung seit 1985 ihren Mitteleinsatz für rationelle Energienutzung nicht etwa erhöht, sondern von rund 200 auf 87 Millionen Mark mehr als halbiert. Die Kürzungen im Energieeinspar- und Modernisierungsprogramm, im Kohleheizkraftwerks- und Fernwärmeausbau-Programm, im Programm Energieeinsparung in Landesgebäuden und im Technologieprogramm Energie (Teil rationelle Energienutzung) waren weit höher als die Aufstockungen im Programm Rationelle Energienutzung und erneuerbare Energiequellen (REN-Programm).

## Kunst Australiens

Die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, die „Staatsgalerie“ des Landes, wird ab 24. April 1993 eine einzigartige Ausstellung präsentieren, die durch ein Symposium sowie Führungen, Vorträge, Film- und Video-Auführungen ergänzt wird. Die Kunstsammlung gehört mit drei weiteren renommierten Museen in London, Kopenhagen und Melbourne zu den Stationen, die eine Ausstellung mit 100 Werken von Aboriginal-Künstlern der bedeutendsten kulturellen Regionen Australiens zeigt. „Somit wird dieser spezifisch australische Beitrag zur Enzyklopädie der Kunst der Welt erstmals ein breites europäisches Publikum finden — einhundert Jahre, nachdem sich Europa mit nicheuropäischer Kunst zu beschäftigen begann“, heißt es in einer Mitteilung des von Dr. Armin Zweite geleiteten Museums. Die Ausstellung trägt den Titel „ARATJARA — Australian Aboriginal Art“. Ihr Organisator ist Bernhard Lüthi. Das Gesamtprojekt wird von der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen zusammen mit australischen Partnern realisiert.

★

## Skatturnier im Landtag

Wie in jedem Jahr soll auch 1992 wieder ein Skatturnier im nordrhein-westfälischen Landtag durchgeführt werden. Abgeordnete, Journalisten und Mitarbeiter, aber auch „sonstige Interessierte“ können sich daran beteiligen. Darauf weist der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig als Organisator hin. Das Startgeld von 50 Mark soll nach seinen Angaben dieses Mal an „amnesty international“ für wohltätige Zwecke gegeben werden. Den Teilnehmern winken zahlreiche Preise. Der Sieger erhält den „Ernst-Wilczok-Pokal“. Das Skatturnier findet am 8. Dezember 1992 um 16 Uhr statt.

## Sport in der...

Fortsetzung von Seite 15

seine Entwicklung als Breitensportart zu hemmen. Es wurde deshalb Konsens darüber hergestellt, nach Vorliegen der Richtlinien der Landesregierung umfangreiche Gespräche über die Grundsätze der Golfplatz-Planung im Sportausschuß des Landtags zu führen.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
 Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
 Postfach 11 43.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304  
 und 884 25 45, btx: # 5 68 01\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tsochoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
 Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
 ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche



Reinhold Trinius (SPD)

*Reinhold Trinius ist keiner von denen, die mit dem verletzenden Wort schnell bei der Hand sind. Er wirkt eher bedächtig denn als temperamentvoll. Aber bei „erkennbarer Ungerechtigkeit“ und bei „Verstoß gegen die Fairneß-Regeln“, da rastet er schon mal aus. Das war zuletzt der Fall, als der Düsseldorfer Landtag über den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß debattierte, dem Trinius angehört.*

*Da hatte der 58jährige Sozialdemokrat, gelernter Studienrat mit den Fächern Geschichte und Deutsch, die Opposition, deren Angriffe auf die Landesregierung er für „unanständig“ hält, mit einer nordrhein-westfälischen Variante der berühmten Rede des Marc Anton aus Shakespeares „Cäsar“ attackiert und ironisch ihre Wortführer als „ehrenwerte Männer“ bezeichnet, um dann vom „Fangschuß“ zu reden, den Brutus und seine Komplizen Cäsar beigebracht hätten.*

*Diese eher feine, aber nicht näher erläuterte Anspielung auf den CDU-Abgeordneten und Hobbyjäger Schauer, der im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuß davon gesprochen hatte, nun werde er Finanzminister Schleußer den „Fangschuß“ geben, geriet CDU und F.D.P. nur zur Belustigung. Schließlich wurde, wie überliefert ist, Cäsar erdolcht. Die in den Augen von Trinius mit dem Wort „Fangschuß“ ausgedrückte „ungeheuerliche Menschenverachtung“ verkehrte sich damit in Schenkelklopfen über einen wohl ungebildeten, tölpelhaften Menschen.*

*Daß Trinius eher das Gegenteil ist, ficht niemand an. Der gebürtige Sachsen-Anhalter studierte nach seiner Flucht 1953 aus der damaligen DDR in Münster und Tübingen, engagierte sich früh in der evangelischen Kirche, für die er nach dem Examen in der außerschulischen Bildung tätig war. Und er blieb immer ein Grenzgänger, einer, der die Spaltung Deutschlands am eigenen Leib erlebt hatte, aber nicht hinnehmen wollte.*

*Am besten sah er seine Vorstellungen in der SPD aufgehoben, der Trinius 1961 beitrug. Dafür waren vor allem Persönlichkeiten wie Kurt Schumacher, Ernst Reuter und Willy Brandt Vorbild. Ihre deutschlandpolitischen Reden seien für ihn prägend, sagt er. Er selbst, von Ost nach West gewandert, glaubte bis zum Mauerbau, daß die Spaltung bald vorbei sei. Die Jahrzehnte später erst mögliche Deutsche Einheit war denn auch für ihn ein tiefes, bewegendes Ereignis.*

*Freunde haben ihn bewegen wollen, in seine alte Heimat zurückzukehren. Aber er hat sich anders entschieden, vor allem weil er seinen Platz als Politiker hier gefunden hat — eine Rolle, die ihn in den Stand setzt, an der Verbesserung der Verhältnisse in Ostdeutschland an entscheidender Stelle mitzuwirken. Im Landtag gehört Reinhold Trinius dem Haushalts- und Finanzausschuß an, einem der wichtigsten parlamentarischen Gremien. In der SPD-Fraktion ist er einer der stellvertretenden Vorsitzenden.*

*Erste politische Erfahrungen sammelte Trinius als Kommunalpolitiker im Ostwestfälischen. Dorthin, ins heutige Porta Westfalica, war er nach seinem Studium verschlagen worden. Lange Jahre gehörte er dem Gemeinderat an, ehe er sich ganz seiner Arbeit in Düsseldorf widmete. Dorthin wird er seit 1970 regelmäßig mit klaren Mehrheiten gewählt. Trinius ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, von amnesty international, des Vorstands der Evangelischen Pflegeanstalt Wittekindshof und von Haus Neuland.*

*Der Kettenraucher filterloser Zigaretten, verheiratet, Vater von drei Kindern, wirbt unter dem Aspekt der Stabilisierung Ostdeutschlands dafür, die jungen, noch nicht gefestigten Demokratien in Osteuropa massiv zu unterstützen. „Wir brauchen einen Marshallplan für Osteuropa“, verlangt er. Entscheidende Aufgabe der Politik heute müsse es sein, daß die Wirtschaft dort erfolgreich und sozial, aber nicht in Form eines Beutezuges Fuß fassen könne, „sonst werden die jungen Demokratien brüchig“.*

*Was die Finanzen in Deutschland und speziell in NRW angeht, müsse entschieden gespart werden, sagt der Experte Trinius. Aber Sparen allein reiche wohl nicht, wenn allein NRW im nächsten Jahr mit einem Minus von vier Milliarden Mark rechnen müsse. Wenn die Einnahmeseite nicht verbessert werde, „gefährden wir die Demokratie von unten her“, befürchtet er. Mithin brauchten die Länder eigene Einnahmequellen, also so etwas wie Ländersteuern. Und nötig sei auch ein Haushaltssicherungsgesetz bei Bund und Ländern. Trinius ist entschlossen, auch 1995 wieder für den Landtag zu kandidieren. Um sich dafür fit zu halten, liest er viel und wandert. Vor allem im Harz, der wie er selbst die deutsche Teilung und ihre Aufhebung symbolisiert.*

Bernd Kleffner

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 18. bis 25. November 1992

18. 11. **Marie-Luise Woldering** (CDU), 58 J.  
 19. 11. **Siegfried Zellig** (CDU), 51 J.  
 20. 11. **Dr. Katrin Grüber** (DIE GRÜNEN)  
 35 J.  
 22. 11. **Wilhelm Lüke** (CDU), 58 J.  
 22. 11. **Karl-Ernst Strothmann** (CDU), 64 J.  
 24. 11. **Norbert Burger** (SPD), 60 J.  
 25. 11. **Professor Dr. Friedhelm  
 Farthmann** (SPD), 62 J.

★

**Dr. Jörg Twenhöven**, CDU-Landtagsabgeordneter und Oberbürgermeister von Münster, wurde bei der 31. Delegiertenversammlung am 31. Oktober 1992 in Coesfeld als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen e.V. (KPV/NW) wiedergewählt. Er erhielt 220 von 236 Stimmen bei sechs Enthaltungen. Zu Stellvertretern wurden die CDU-Landtagsabgeordnete **Karin Hussing** (Herne) und **Hans-Peter Lindlar** (Hennef) sowie **Heinrich Niehaves**, Gemeindedirektor aus Kreuzau, gewählt. Als Beisitzer gehören dem KPV-Landesvorstand die CDU-Landtagsabgeordneten **Hildegard Matthäus** (Oberhausen) und **Günter Langen** (Medebach) an, dem KPV-Hauptausschuß die Abgeordnete **Heidi Busch** (Köln).

★

**Erich Heckelmann** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist von der Elterninitiative Diabetischer Kinder in einer Feierstunde mit einem Ehrenbrief ausgezeichnet worden. Der Vorsitzende der Elterninitiative, Franz-Hubert Zajons, überreichte den Ehrenbrief an den Vorsitzenden des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, der der Elternvereinigung mit Rat und Tat zur Seite gestanden habe.

★

**Heinz-Josef Nüchel**, CDU-Landtagsabgeordneter von 1975 bis 1985, und Präsident der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD), hat am 13. November sein sechzigstes Lebensjahr vollendet. Der Träger des Bundesverdienstkreuzes erster Klasse machte sich im Landesparlament vor allem einen Namen als Sozial- und Familienpolitiker. Nüchel steht seit über 30 Jahren immer wieder in Spitzenpositionen der katholischen Verbandsarbeit. In der internationalen Arbeit war er lange Jahre Präsident des Weltbundes der katholischen pfarrlichen Jugend (FIMCAP).

★

**Bodo Busse-Schulz**, Landeskorrespondent der Bild-Zeitung für Nordrhein-Westfalen, ist im Alter von 50 Jahren verstorben. Der Journalist Busse-Schulz war seit Jahren beim Landtag akkreditiert und widmete sich besonders Landtagsthemen, die für die Bürgerinnen und Bürger des Landes interessant waren. Im Vordergrund seiner Berichterstattung stand immer der Politiker als Mensch mit seinen Neigungen und Liebhabereien. Mit Bodo Busse-Schulz hat die Landespressekongferenz ein engagiertes Mitglied verloren. In einem Nachruf stellt Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe fest: „Mit Bodo Busse-Schulz verliert der Landtag einen Journalisten, der vielen ein Freund geworden war. Dies gilt auch für mich. Wir werden ihm ein ehrendes Gedächtnis bewahren.“

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Endgültig seine Pforten geschlossen hat die Kleinstadt Minidomm in Breitscheid bei Ratingen. Bis Ende Oktober hatten die Besucherinnen und Besucher jeglichen Alters noch die Möglichkeit, die mit viel Liebe und Detailgenauigkeit hergestellten, aber teilweise schon in die Jahre gekommenen Miniaturgebäude in Augenschein zu nehmen. Nur wenige Schritte trennten sie von Dresdener Zwinger und Eisenacher Wartburg, Hermann der Cherusker reckte triumphierend sein Schwert im Schatten des zerstörten Heidelberger Schlosses in den Himmel, und nicht weit vom Schiefen Turm zu Pisa erhob die New Yorker Freiheitsstatue ihre Fackel. Der ursprüngliche Plan, Minidomm in Gänze nach China zu transportieren und dort wiederaufzubauen, scheiterte an den hohen Transportkosten, wie es in der Presse zu lesen war. Nun sollen die Schaustücke, die zum Teil eine beträchtliche Höhe erreichen, im Zuge einer Versteigerung Ende dieses Monats verkauft werden. Auf dem freiwerdenden Gelände soll ein Gewerbepark errichtet werden. — Unser Bild zeigt zwei der letzten jungen Besucher vor der Kulisse von Dortmunder Westfalenhalle, Pariser Eiffelturm und Ulmer Münster.

Foto: Kämmerer